

**Rede**

**Bürgermeister Michael Kreuzberg**

**anlässlich der Einbringung des Doppelhaushaltes 2013/2014**

**in der Ratssitzung am 25.02.2013**

**Sperrfrist: 25.02.2013, Beginn der Rede**

**- Es gilt das gesprochene Wort! -**

***Geld erwerben erfordert Klugheit, Geld bewahren erfordert eine gewisse Weisheit und  
Geld schön auszugeben ist eine Kunst. (Berthold Auerbach)***

**Berthold Auerbach**, eigentlich *Moses Baruch Auerbacher*,

(\*28. Februar 1812, Nordstetten (heute OTeil v. Horb); †8. Februar 1882 in Cannes), dt. Schriftsteller.

(Stand: 25.02.2013, 12.35 Uhr)

<b>1. Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2. Rahmenbedingungen</b>	<b>4</b>
<b>3. Kenndaten / Situation in Brühl</b>	<b>8</b>
<b>4. Kinder und Jugendförderung / U3-Ausbau</b>	<b>14</b>
<b>5. Weitere Verbesserungen der Kinder- und Jugendförderung</b>	<b>17</b>
<b>5.1. Ausbau der mobilen Jugendarbeit mit dem „Cultra-Mobil“</b>	<b>18</b>
<b>5.2. Sozialarbeit an Grundschulen und MEG</b>	<b>18</b>
<b>6. Schule und Sport</b>	<b>19</b>
<b>7. Stadtentwicklung, Umwelt, Denkmalschutz</b>	<b>24</b>
<b>8. Wirtschaftsförderung</b>	<b>33</b>
<b>9. Kultur, Tourismus</b>	<b>37</b>
<b>10. Feuerwehr</b>	<b>44</b>
<b>11. Ehrenamt / Integrationslotsen</b>	<b>47</b>
<b>12. Demografischer Wandel</b>	<b>47</b>
<b>13. Raumkonzept</b>	<b>50</b>
<b>14. Personal</b>	<b>53</b>
<b>15. Friedhofskonzept</b>	<b>55</b>
<b>16. Schlussbemerkungen</b>	<b>55</b>

## 1. Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

die Vorstellung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2013/2014 geschieht in einer Zeit beunruhigender Turbulenzen auf den Finanzmärkten der Welt. Staatsverschuldung, Rettungsschirme, Ratings, Eurokrise, Rohstoff- und Energiepreise sind die Stichworte. Für uns als Kommune hat das Wort „Finanzkrise“ schon seit langem seine eigene Bedeutung. Einen kommunalen Haushalt zu diskutieren in einem Jahr, das möglicherweise als Höhepunkt der europäischen Staatsschuldenkrise in die Geschichtsbücher eingeht, ist etwas anderes als in den Jahren und Jahrzehnten davor.

Mit dem heute einzubringenden Haushalt für die Jahre 2013/2014 und der damit einhergehenden mittelfristigen Finanzplanung stelle ich Ihnen dar, wie ich mir eine nachhaltige Politik für die Zukunft unserer Stadt in den nächsten Jahren vorstelle. Angesichts der guten Erfahrungen, die wir in den Jahren 2011/2012 mit unserem ersten Doppelhaushalt gemacht haben, entschieden wir uns im Verwaltungsvorstand einvernehmlich dazu, für die Jahre 2013/2014 wiederum einen **Doppelhaushalt** aufzustellen und so erneut die haushalterische Richtung für zwei Jahre festzulegen.

Bei der Vorbereitung meiner diesjährigen Haushaltsrede bin ich auf das eingangs erwähnte Zitat von Berthold Auerbach gestoßen, welches das Entstehen des Haushaltsentwurfes 2013/2014 wunderbar beschreibt. Besonders im Spannungsfeld von der Weisheit, unser Geld zu bewahren und der Kunst das vorhandene Geld richtig auszugeben, standen unsere Haushaltsberatungen. Auf der einen Seite ist es gut und wichtig, unser Geld in die Entwicklung unserer Stadt und die Zukunft unserer Kinder zu investieren. Auf der anderen Seite brauchen wir vor dem Hintergrund steigender Ausgaben die Weisheit, Haushaltsmittel zu bewahren.

Zum dreizehnten Mal in meiner fast vierzehnjährigen Amtszeit bringe ich heute den Haushalt ein und präsentiere Ihnen das Zahlenwerk, welches das Fundament unseres kommunalen Handelns für die nächsten Jahre bildet.

**Auch im vorliegenden Zahlenwerk finden Sie wieder zahlreiche und bedeutende Projekte, die ich Ihnen zur Beschlussfassung vorschlage.** Der Haushaltsentwurf zeigt

den festen Willen, die Zukunft unseres Gemeinwesens, unserer Stadt aktiv zu gestalten, damit Brühl für seine Bürgerinnen und Bürger, für Alt und Jung, aber auch für Zuzugswillige noch attraktiver wird, als es ohnehin schon ist.

**Und: Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Kernaussage vorwegzunehmen:**

**Dank unserer soliden Finanzpolitik in den letzten Jahren sind wir - wie auch in den vergangenen Jahren - in der Lage, zukunftsweisende Projekte finanzieren zu können.**

**Diesen Erfolg haben wir alle gemeinsam erreicht – Politik, Verwaltung und Bürger – dafür danke ich Ihnen. Aber ausruhen können wir uns auf diesem Erfolg nicht. Dennoch bedeutet dies, dass wir nach derzeitigem Stand den Haushalt auch in den kommenden Jahren werden ausgleichen können und nicht in ein Haushaltssicherungskonzept müssen.**

## **2. Rahmenbedingungen**

Bevor ich auf die Einzelheiten des Haushaltsentwurfs 2013/2014 eingehe, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen zu den Rahmenbedingungen, unter denen wir das Fundament unseres kommunalen Handels haben aufstellen müssen.

Die Ergebnisse der alljährlichen Haushaltsumfrage des nordrhein- westfälischen Städte- und Gemeindebundes belegen die anhaltende strukturelle Unterfinanzierung der gesamten kommunalen Familie, aber insbesondere der kreisangehörigen Kommunen: **Von den 359 Mitgliedskommunen in NRW konnten im Jahr 2012 lediglich 35 einen auch strukturell ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Das ist gerade einmal nur jede zehnte Stadt oder Gemeinde.** Weitere 183 Kommunen schafften den Haushaltsausgleich nur, indem sie weiterhin Eigenkapital planmäßig abbauten. Auch die Anzahl der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept blieb mit 141 Kommunen besorgniserregend hoch und fast unverändert zum Vorjahr (143 Kommunen).

Anders ausgedrückt:

**Nahezu 90% aller Kommunen haben einen strukturell unausgeglichenen Haushalt oder befinden sich im Haushaltssicherungskonzept.** Von den 141 Städten und Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept befinden sich „nur noch“ 60 – hier gab es in 2012 einen Rückgang von 116 auf 60 – in der so genannten vorläufigen Haushaltswirtschaft, was bedeutet, dass die Kommunalaufsicht das vom jeweiligen Rat beschlossene Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigt hat und somit freiwillige Ausgaben

grundsätzlich untersagt sind. **Der Rückgang** um knapp 50% ist jedoch fast ausschließlich auf die Verlängerung des HSK-Zeitraums in § 76 Gemeindeordnung (GO) auf zehn Jahre **zurückzuführen**. Die Genehmigung eines Haushaltssicherungskonzeptes kann nun, seit einer Gesetzesänderung im Jahr 2011, grundsätzlich auch dann erteilt werden, wenn der Haushaltsausgleich innerhalb von **zehn Jahren** erreicht wird.

Elf Kommunen aus dem Mitgliedbereich des StGB NRW haben bereits das **Eigenkapital aufgezehrt** und bei weiteren 17 Kommunen zeichnet sich bis zum Jahr 2014 eine Überschuldung ab. Diese 28 Kommunen sind verpflichtet, am Sanierungsprogramm „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ teilzunehmen.

Ende des Jahres 2011 wurde dieser „**Stärkungspakt**“ geschlossen, der mit Milliardenbeträgen die hochverschuldeten Kommunen in Nordrhein-Westfalen aus dem Schuldensumpf ziehen soll. Für Not leidende Städte und Gemeinden steht damit fest, dass sie in den kommenden zehn Jahren mit finanzieller Hilfe des Landes bei der Sanierung ihrer Haushalte rechnen können. Damit sorgt das Land dafür, dass die Kommunen ihre Finanzen konsolidieren können und stärkt gleichzeitig deren kommunale Selbstverwaltung. Die Finanzierung der Konsolidierungshilfe des Landes erfolgt zum einen aus zusätzlichen Mitteln des Landes, zum anderen werden aus der Finanzausgleichsmasse des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) Mittel entnommen; 2012 65 Mio. Euro, 2013 115 Mio. Euro und ab dem GFG 2014 310 Mio. Euro.

Generell ist der Stärkungspakt eine gute Initiative und ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Fraglich ist jedoch, ob die Kommunen, die am Stärkungspakt teilnehmen, ihre Haushalte in der vorgegebenen Zeit werden ausgleichen können. Der **Geschäftsführer des NRW-Städtetages, Stephan Articus**, bezweifelt dies angesichts der „enormen strukturellen Defizite in vielen Haushalten größerer Städte in NRW und mahnte: „Man wird unter Umständen flexible Maßstäbe finden müssen, die auf die jeweilige Finanzkraft Rücksicht nehmen. Denn viele Städte sind mit ihren Sparmaßnahmen an die Grenze des Vertretbaren gegangen“. **Dies führt auch dazu, dass Steuern und Abgaben in der Erwartung der Landesregierung drastisch steigen. In NRW sind Städte wie Selm, Dorsten und Werl dazu übergegangen und haben, um ihr Pflichtenheft in der Vereinbarung „Stadtstärkungspakt abzuarbeiten, die Grundsteuer B in schier astronomische Höhen geschraubt: Selm und Dorsten erheben 825 und Werl 800 Punkte. Andere Städte folgen schon und planen schrittweise Erhöhungen auf 825 Punkte ab 2016, Schwerte sogar auf 880 Punkte ab 2019.**

Was das für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet, muss ich Ihnen nicht sagen. Eine **Erhöhung der Grundsteuer B hätte Auswirkungen auf alle** Hausbesitzer - aber auch

Wohnungsmieter. Schon heute sind Wohnkosten für viele Menschen kaum noch tragbar, vor allem deshalb, weil Nebenkosten längst zur "**zweiten Miete**" geworden sind. Eine Erhöhung der Grundsteuer ließe diese Nebenkosten weiter steigen und wir müssten uns fragen, ob unser schon heute recht hochpreisiges Brühl als Wohn- und Lebensort damit nicht an Attraktivität verlieren würde. Darüber hinaus sind wir alle von der Verteuerung der Lebensmittel und der Versorgungsgüter betroffen; niemand könnte mehr Vertrauen in die Lebensbedingungen haben, die von jedem Einzelnen mühsam erarbeitet werden.

**Persönlich halte ich dieses Vorgehen nicht für wünschenswert und hinsichtlich der steigenden Zahl an Menschen, die mit ihrem Einkommen schon heute nicht auskommen, auch für eine weitere Schlechterstellung ihrer sozialen und ökonomischen Situation.**

Perspektivisch drohen den Städten- und Gemeinden **weitere strukturelle Belastungen**. Der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung führt zwar zu steigenden Erträgen insbesondere bei der Gewerbesteuer (Beispiel Brühl: Im Jahre 2011 15,64 Mio. Euro, im Jahr 2010 konnten wir im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen knapp 24 Mio. Euro einnehmen, im Vergleich zum Haushaltsansatz von 9,4 Mio. Euro ein Quantensprung). Diese werden aber durch steigenden Aufwand vor allem im Sozialbereich wieder aufgezehrt. Der Städte- und Gemeindebund NRW hat erst jüngst von einer aktuellen Erhebung des Landkreistages NRW zur Entwicklung der Kreishaushalte berichtet, wonach allein 2012 die Gesamtaufwendungen der Kreise und der Städteregion Aachen um mehr als 700 Mio. Euro, d.h. um knapp sieben Prozent gestiegen sind.

Da verwundert es wenig, dass die Kommunen, um den laufenden Verwaltungsaufwand finanzieren zu können, vermehrt Liquiditätskredite in Anspruch nehmen. Die Kommunen haben allein im Verlauf der zurückliegenden sechs Jahre die Liquiditätskredite mehr als verdoppeln müssen. Dies führt zu einem neuen Rekordstand der **Kassenkredite**, welcher zum 30.06.2012 einen neuen Höchststand von 47,9 Mrd. Euro erreicht hat. Ursprünglich als Ausgleich für kurzfristige Liquiditätsengpässe gedacht, entwickeln sich Kassenkredite mehr und mehr zum Problem einer langfristigen Verschuldung. Das Fatale an den Kassenkrediten sind die durch sie verursachten Zinsaufwendungen, die wiederum den Haushalt belasten

Betrachten wir außerdem die **Schlüsselzuweisungen** im kommunalen Finanzausgleich NRW so geht hier die Schere zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen immer weiter auseinander. Während die Schlüsselzuweisungen pro Einwohner (im Jahre 2013 gerechnet ohne Abmilderungshilfe) bei den kreisfreien Städten um 58 Prozent: von 317,72 Euro im Jahr 2000 auf 502,94 Euro im Jahr 2013 - entsprechend der 1. Modellrechnung auf Basis der Eckpunkte zum GFG 2013 - gestiegen sind, stiegen im selben Zeitraum die

Zuweisungen im kreisangehörigen Bereich nur um 3,6 Prozent (von 271,55 auf 281,31 Euro). **Insgesamt müssen somit die kreisangehörigen Kommunen die öffentlichen Leistungen mit deutlich geringeren Ressourcen pro Kopf bereitstellen als die kreisfreien Städte.**

Meine Damen und Herren,

vor diesem Hintergrund können wir gar nicht so ganz glauben, was gerade erst zu lesen war: „Die Krise ist überwunden“ so titelte die KOPO (Kommunalpolitische Blätter) in ihrer Ausgabe vom Dezember 2012 – gemeint ist die Kommunale Finanzkrise. Vielleicht machen sich doch so langsam die Entscheidungen der Bundesregierung wie die schrittweise Umsetzung der Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission und vor allem die Entlastung bei den Sozialausgaben - hier ist der größte Brocken die Übernahme der ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund - bemerkbar. Dauerhafte Entlastung kann nur vom Bund kommen. Dieser muss endlich bei den Sozialaufgaben seinen Teil der Verantwortung übernehmen. Was bis 2014 mit der Grundsicherung verwirklicht wird, muss auch bei der Eingliederungshilfe für Behinderte Wirkung finden, die wir indirekt über die Kreisumlage – und der Kreis über die Umlage an den Landschaftsverband - mitfinanzieren. Die zu erwartende Steigerung der Sozialaufwendungen bedeutet auf mittlere Sicht weitere Belastungen.

Da war die Nachricht aus Bergheim, dass der Rhein-Erft-Kreis die **Kreisumlage** mit 42,03 Prozent stabil hält und damit allen zehn Städten 14,5 Millionen Euro erspart bleiben, überaus erfreulich. Darüber hinaus hat der Landrat sogar angekündigt, von 2014 bis 2016 den Umlagesatz stufenweise zu reduzieren – das lässt hoffen!

Doch: Wegen der in den letzten Jahren nicht nur für unsere Stadt wesentlichen Verschlechterungen der fiskalischen Rahmenbedingungen, die einerseits aufgrund **steigender Ansprüche und Aufgaben von Bund und Land** und andererseits aufgrund **gleichzeitiger Sanierungsversuche dieser zu Lasten der Kommunen** stattgefunden haben, sind wir alle gezwungen, noch mehr zu tun. „Das Land kann nach wie vor „nach Kassenlage“ zahlen. Eine Finanzierungsgarantie von Verfassungsrang gibt es nicht.“, so der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW. Ebenso müssen alle Verpflichtungen aus der **Konnexität** – wie wir im Rheinland sagen: „Wer die Musik bestellt, bezahlt auch!“ – eingelöst werden. Überträgt das Land den Kommunen neue Aufgaben oder erweitert diese, muss es den Kommunen auch die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Immerhin hat die Landesregierung ihre diesbezügliche Zusage zur finanziellen Unterstützung des U3-Ausbaus und der Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit eingehalten. Beim Thema Inklusion ist dies allerdings derzeit äußerst umstritten. Wir sind uns darin einig,

dass der Grundsatz, Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam auszubilden und zu erziehen, begrüßt wird. Zwar wurde Ende 2012 der Start der schulischen Inklusion von Rot-Grün erst um ein Jahr auf das Schuljahr 2014/2015 verschoben, jedoch argumentiert die Landesregierung derzeit gegen einen Konnexitätsfall, indem sie behauptet: „Inklusion ist keine Erfindung der Landesregierung, sondern eine von der Bundesrepublik akzeptierte Auflage der UN, also eine gesamtstaatliche Aufgabe.“ (aus Kölner Stadtanzeiger vom 26.12.12). Der Städtetag hofft hier noch auf ein Einlenken des Landes, scheut aber notfalls nicht die Klage, um das Geld einzufordern.

Es bleibt also abzuwarten, was uns mit der Inklusion erwartet, wenn diese zu unserer Pflichtaufgabe wird, denn derzeit weiß niemand, wie hoch die Kosten der Inklusion exakt sein werden. Es geht nicht nur um den Umbau und die inklusionsgerechte Ausstattung von Schulen, sondern es wird unumstritten mehr Personal notwendig werden. Dabei geht es allerdings nicht um Lehrkräfte, die das Land bezahlt, sondern vor allem um Personal wie Therapeuten und Sozialarbeiter, für die - natürlich - die Kommunen aufkommen müssten. Zudem besorgt mich die Zukunft der Förderschulen. Wie wird es mit diesen weitergehen, und wie wird sich eine mögliche Zentrierung auf die - eine solche Schule tragende - Kommune auswirken?

### **3. Kenndaten/Situation in Brühl**

Doch nun zu den einzelnen Kenndaten. Für den Etatentwurf 2013/2014 ergibt sich unter Annahme der vom Land vorgegebenen Orientierungsdaten und den aus dem Hause angemeldeten Haushaltsansätzen folgendes Bild:

	2013	2014
<b>im Ergebnisplan mit</b>		
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	104.288.354 €	103.399.096 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	114.153.855 €	113.402.837 €
<b>im Finanzplan mit</b>		
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	96.327.052 €	95.447.894 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	100.148.397 €	99.447.902 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	4.263.020 €	4.272.425 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	17.850.788 €	17.621.806 €
dem <b>Gesamtbetrag der Einzahlungen</b> aus der Finanzierungstätigkeit auf	13.587.768 €	13.349.381 €
dem <b>Gesamtbetrag der Auszahlungen</b> aus der Finanzierungstätigkeit auf	4.864.192 €	4.698.920 €



Zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes wären wir für den Fall verpflichtet, dass wir in zwei aufeinander folgenden Jahren unsere Rücklage um mehr als 5 % verringern. Durch die vorsichtige Reihung von gutem und schlechtem Jahr erhalten wir die Möglichkeit, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden – analog zu den Vorjahren, in denen sich dieses Verfahren bewährt und zu positiven Ergebnissen geführt hat.

Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist jedoch ein Blick auf die **mittelfristige Planungsperiode, d.h. bis zum Jahr 2017**. Denn die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gilt auch, wenn im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage – in diesem Fall nicht die Ausgleichsrücklage, sondern das verbleibende Eigenkapital – in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren um jeweils mindestens 5 % verringert werden soll.

Deshalb haben wir bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs ein wesentliches Augenmerk auf die Jahre 2013 bis 2015 gerichtet.

Entgegen der **Prognose** wird das **tatsächliche Ergebnis 2012** voraussichtlich eine **Verbesserung von ca. 2 Millionen Euro** erfahren; dies wirkt sich wiederum positiv auf das Jahr 2013 aus. Den Haushalt 2013 werden wir durch Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage ausgleichen. Zudem werden wir in vertretbarem Maße auch unsere Töchter – sprich: die Gebaue und die Stadtwerke – in die Konsolidierung einbeziehen und dort gebildete **Gewinnrücklagen in 2013 und in 2015** zur Ausschüttung bringen, falls dies notwendig werden sollte. Bisher konnten wir verhindern, gebildete Rücklagen für den Haushaltsausgleich heranzuziehen. Das wird auch künftig unser vordringliches Bestreben sein, zumal die Ausschüttung unserer Unternehmen einer nicht unerheblichen Besteuerung unterläge. Sollten wir dennoch darauf zurückgreifen müssen, bleibt allerdings oberstes Gebot, die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen nicht zu gefährden.

Einhergehen muss jedoch weiterhin ein **striker Konsolidierungskurs** unseres städtischen Haushaltes. Dazu gibt es keine Alternative.

**Konsolidierung heißt nicht Stillstand, vielmehr bedeutet es, Einschnitte vorzunehmen.**

Es ist immer ein Leichtes, dies von den anderen, d. h. z. B. von den Bürgerinnen und Bürgern zu erwarten. Wir in Brühl handeln stets nach dem Motto „Suche keinen Schuldigen, schaffe Abhilfe!“ (von Henry Ford) Das bedeutet: Wir werden in der Verwaltung auch weiterhin Ausgaben kürzen, kommunale Aufwendungen zurückfahren, die Erträge verbessern und auch die kommunalen Beteiligungen einbeziehen. Dabei muss es vernünftig, gerecht und nachhaltig zugehen. Alle müssen ihren Beitrag leisten. Zunächst sollte die Verwaltung selbst mit gutem Beispiel vorgehen, bevor wir zu anderen, weiteren Notwendigkeiten kommen. Dass dies zum Teil schmerzhaft sein wird, ist mir sehr bewusst.

**Bevor allerdings der Eindruck entsteht, wir würden den Haushaltsausgleich lediglich durch kreativen Umgang mit dem Gesetz erreichen, sage ich hier in aller Deutlichkeit, dass dieser Erfolg nur aufgrund unserer Sparbemühungen der letzten Jahre möglich ist. Das strukturelle Defizit hat hier im Raum niemand zu verantworten.** Unabhängig von den Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene – die ich im Übrigen mit großer Spannung erwarte – kommen wir aber auch nicht umhin, unsere eigenen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung ungebrochen fortzusetzen. Zugegebenermaßen wird dies angesichts der bereits in den letzten Jahren erfolgten beträchtlichen Einsparungen noch mühsamer. Es fordert von uns allen Mut und Beweglichkeit, Kreativität und Intelligenz und letztlich wiederum die Kraft zu gemeinsamen Lösungen.

Mut und Beweglichkeit, Kreativität und Intelligenz nutzen letztendlich recht wenig, wenn es um städtische Ausgaben geht, die nicht zu beeinflussen sind. Ein gutes Beispiel für die **Belastung des Haushaltes** sind hier die so genannten „**Wiederkehrenden Prüfungen**“ gemäß Bauordnung NRW. Eine wichtige Aufgabe der Bauaufsicht zur Gewährleistung von Sicherheit ist die regelmäßige Durchführung von „Wiederkehrenden Prüfungen“, in der Regel im 5-Jahresrhythmus, von **Sonderbauten**, für die spezielle Sonderbauvorschriften (Sonderbauverordnungen auf Grund der Landesbauordnung - BauO NRW) gelten. Dies gilt vor allem hinsichtlich des Brandschutzes. Unter anderem wird geprüft, ob die aktuelle Nutzung und die baulichen Zustände den Inhalten der Baugenehmigung entsprechen, oder Gebäude und Außengelände auch ansonsten gefahrlos nutzbar sind (z.B. Absturzsicherungen). Bei Sonderbauten handelt es sich um größere Gebäude, die von einer größeren Anzahl von Personen besucht werden. Hierdurch besteht automatisch ein deutlich höheres Gefahrenpotential als beispielsweise bei einem Wohnhaus.

Auch die **städtischen Schulen** unterliegen als Sonderbauten den Wiederkehrenden Prüfungen. Die Anforderungen, die die Bauaufsicht an den Bauherren – in diesem Fall die Stadt Brühl – stellt, sind sicherlich richtig und angemessen und für die Sicherheit unserer Schüler unerlässlich, aber dies bedeutet auch, dass z.B. für die plötzliche Notwendigkeit der Erhöhung von Treppengeländern oder bestimmte brandschutztechnische Maßnahmen und vieles mehr von heute auf morgen **Beträge im sechsstelligen Bereich** zusammenkommen, die dann in unserem Haushalt unerwarteter Weise zu schultern sind.

Meine Damen und Herren, verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

Ziel unserer Politik muss es sein, den **anerkannten Wohlfühlstandort Brühl** im Sinne einer liebens- und lebenswerten Stadt unter Beachtung wirtschaftlicher, finanzieller, ökologischer und sozialer Notwendigkeiten weiter **auszubauen**.

Grundvoraussetzungen für eine in möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen gesunde und entwicklungsfähige Gemeinschaft stellt für mich eine **prosperierende Wirtschaft** dar, die in ausreichender Anzahl moderne und zukunftsträchtige Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

Um dieses zu erreichen, müssen wir **investieren in Bildung und Infrastruktur**. Wenn ich von Bildung spreche, meine ich in erster Linie die Bildung unserer Kinder. Denn: **Zukunft gibt es nur mit - und nicht ohne Kinder**.

**Durch Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt schaffen wir neben den sog. „Soft-Skills“ die notwendigen Rahmenbedingungen, damit sich Unternehmen in Brühl wohl fühlen und selbst Investitionen tätigen.**

Zukunftsfähig zu sein, bedeutet aber auch, sich für eine **intakte Umwelt einzusetzen** und den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige **Möglichkeiten im sportlichen, sozialen und kulturellen Bereich anzubieten**. Dabei dürfen wir niemanden ausschließen. Im Gegenteil: **Integration und bürgerschaftliches Engagement** sind Leitlinien unserer Brühler Verwaltungskultur.

Und auch für die kommenden Jahre – Sie werden es dem Gesamtergebnisplan entnehmen können – haben wir uns vorgenommen, das strukturelle Defizit weiter zurückzufahren. Die jeweiligen Ertrags- und Aufwandarten wurden entsprechend den vom Innenministerium am 13.07.2012 bekannt gegebenen Orientierungsdaten für die Jahre 2013 – 2016 unter Berücksichtigung des Änderungserlasses vom 23.01.2013 fortgeschrieben, so dass ich überzeugt bin, dass wir das gesteckte Ziel auch selbstverständlich werden erreichen können.

**Trotz aller stetig wachsenden finanziellen Mehrbelastungen für unsere Stadt habe ich mich in den vergangenen vierzehn Jahren immer wieder dafür eingesetzt, den Bürgerinnen und Bürgern nicht auch noch über Steuererhöhungen ebensolche finanziellen Mehrbelastungen zuzumuten, sondern durch eine Reduzierung von Ausgaben und sparsames Wirtschaften immer wieder drohende Defizite zumindest in Grenzen zu halten. Auf der anderen Seite war mir aber auch wichtig, den Versorgungsgrad mit öffentlichen Leistungen – sei es im Bildungsbereich oder bei kulturellen Angeboten - nicht zu reduzieren, andernfalls würde dies ein Minus an Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger bedeuten.**

Wir haben also allen Grund, auf unsere **finanzpolitischen Erfolge** stolz zu sein. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir **in den vergangenen vierzehn**

**Jahren lediglich zweimal die Grundsteuern moderat angehoben** haben. Und selbst hierauf hätte ich seinerzeit gerne verzichtet, hätte das Land uns durch die Erhöhung der fiktiven Hebesätze nicht mehr oder weniger gezwungen, auch unsere Hebesätze anzupassen, weil wir andernfalls nicht unerhebliche Nachteile bei den Finanzausweisungen des Landes hätten befürchten müssen.

**Auch bei den diesjährigen Haushaltsberatungen haben den Verwaltungsvorstand und mich die Frage der Hebesätze, also die Überlegung, ob die Grundsteuern und/oder die Gewerbesteuer erhöht werden sollten oder eine Erhöhung bei der Abwassergebühr in Betracht kommt, lange beschäftigt.** Diese Diskussionen müssen geführt werden, will man die „klassischen Einnahmequellen der Kommunen“ nicht ganz vernachlässigen. **Allerdings widersprechen Steuer- und Gebührenerhöhungen, wie eben schon angedeutet, zutiefst meiner inneren Überzeugung und es gilt, diese nach Möglichkeit abzuwenden.** Mir ist sehr bewusst, dass die Bürgerinnen und Bürger mit vielerlei Abgaben bereits heute besonders belastet sind. Dies gilt natürlich auch für unsere Unternehmen. Da auch gerade der Gewerbesteuerhebesatz ein Kriterium für die Standortwahl von Unternehmen darstellt, wäre es aus meiner Sicht wirtschaftsförderungsschädlich, hier ein anderes Signal zu setzen. **Mir ist es zum Wohle unserer Stadt wichtig, ein investitionsfreundliches Klima zu garantieren und so Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen in unserer Stadt zu schaffen. Daher mein Nein zu Steuererhöhungen.**

Meine Damen und Herren, mit einem klaren Nein kann man gar nichts falsch machen. Hier zitiere ich Klaus Stieringer (Fraktionsvorsitzender Bamberger Realisten) „Geht's schief, dann haben sie es gleich gewusst. Geht's gut, dann ist ihre Antwort: Wir waren ja nicht wirklich dagegen, wir wollten es nur auf anderen Wegen.“

Daher in diesem Sinne für alle Bürgerinnen und Bürger wieder einmal die gute Botschaft:

**Auch im kommenden Jahr werden wir wieder auf Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichten können.**

Dennoch führt kein Weg daran vorbei: **Die Gestaltung der Zukunft wird zum Verzicht in der Gegenwart.** Angesichts leerer Kassen ist Sparsamkeit keine Tugend mehr. Sie ist zur Pflicht geworden. **Es gilt, die Dynamik der Verteilungsprozesse zu durchbrechen,** es sei denn, wir nähmen es hin, den nachfolgenden Generationen nur noch unbezahlte Rechnungen zu hinterlassen. Dieses ist nicht in meinem und - davon gehe ich aus - auch nicht in Ihrem Sinne. Wir als gewählte Vertreter der Bürgerschaft haben alle die Verpflichtung, hieran ernsthaft mitzuwirken. Wir alle tragen gemeinsam die Verantwortung für unsere Stadt.

Meine Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

wir können stolz darauf sein, es geschafft zu haben, in den letzten Jahren eine Menge zu bewegen, zukunftsweisende Projekte auf den Weg zu bringen und trotz angespannter Haushaltslage wichtige und kostenträchtige Maßnahmen für die kommenden Jahre finanziert zu haben. Auch für die Zukunft werden wir nicht umhinkommen, eine vernünftige, mit Augenmaß vorangetriebene solide Haushalts- und Sparpolitik umzusetzen, die uns ermöglichen wird, in den Bereichen der Familienpolitik, der Bildung und Kultur, des Sozialen, der Stadtentwicklung, des Sport- und Freizeitwesens und in vielen anderen Bereichen zu investieren und Projekte zu realisieren.

Natürlich kommen wir nicht umhin, angesichts der zahlreichen Projekte im investiven Bereich wie Kindertagesstättenneubau, Brandschutzmaßnahmen, energetische Sanierungsmaßnahmen, neue Feuerwache usw. entsprechende Kredite aufzunehmen, die bei der derzeitigen Zinslage allerdings noch recht günstig ausfallen. Dennoch möchte ich Sie alle dafür einnehmen, die sich durch einzelne Projekte ergebenden Chancen gemeinsam zu nutzen.

Lassen Sie mich beispielhaft einzelne Bereiche und ihre möglichen Perspektiven vorstellen:

#### **4. Kinder- und Jugendförderung/U3-Ausbau**

Wenn es darum geht, wie wir Brühl zukunftsfähig machen, kommt der Kinder- und Jugendförderung und insbesondere der frühkindlichen Bildung in unserer Stadt eine zentrale Bedeutung zu. Jeder Euro, der im Haushalt für diesen Bereich vorgesehen ist, stellt eine Investition in die Zukunft dar. Und solche Investitionen gibt es reichlich. Lassen Sie mich beginnen mit dem Thema **Erfüllung des Rechtsanspruches auf frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung.**

Meine Damen und Herren, es geht um das Gemeinwohl, um die Zukunft unserer Stadt. Das Synonym für die Zukunft sind vor allem unsere Kinder. Zweifelsohne, unsere Zukunft und die unserer Kinder liegen in unserer Hand. Veränderungen in der Welt der Arbeit fordern unsere Phantasie heraus. Ich bin ein klarer Befürworter besserer Kinderbetreuungsmöglichkeiten und steuerlicher Entlastungen für Familien.

Eines sollte jedoch klar sein: Die Entscheidung, Kinder haben zu wollen, treffen meines Wissens seit jeher maximal zwei Personen und nicht der Staat oder die Kommune. Die Entscheidung für Kinder wird in der jeweiligen Beziehung nicht darauf gegründet, ob man damit Geld verdient oder die eigene Rente sichert. Dennoch müssen die

Rahmenbedingungen stimmen. Neben materiellen Anreizen und zeitlichen Entlastungen brauchen Familien mehr Anerkennung und Unterstützung. Alleinige Maßnahmen des Staates reichen hierfür nicht aus, und die Erfahrung lehrt, dass sozialpolitisch motivierte Familienpolitik die Geburtenrate nicht beeinflusst. Hier sind wir alle gefragt: ob im persönlichen Lebensumfeld, in der Nachbarschaft, im Verein, in der Kirchengemeinde oder am Arbeitsplatz. **Eine familienfreundliche Stadt kann man weder verordnen noch beschließen. Sie muss gelebt werden - und dies tun wir hier in Brühl!**

Meine letzte Haushaltsrede war überschrieben mit dem Zitat: „Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten“. Mit Blick auf die Zukunft habe ich die Investitionen in die Kinder- und Jugendförderung angesprochen, hier insbesondere den Kindergartenausbau im Hinblick auf das Inkrafttreten des uneingeschränkten Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab einem Jahr, deren Eltern einen Bedarf geltend machen, ab dem 01. August dieses Jahres.

Kein Thema der Jugendhilfe hat in den letzten Jahren mehr öffentliche Aufmerksamkeit erfahren als der **Ausbau der so genannten U3-Plätze**. Das ist verständlich angesichts der großen Gruppe von betroffenen Eltern und Kindern. Die größte Nachfrage ist in der Altersgruppe der Zweijährigen mit ca. 69 % (= 271 Plätze) zu erwarten. Bei den Einjährigen in unserer Stadt ist von einer Nachfragequote in Höhe von ca. 36 % (= 122 Plätze) auszugehen. Noch vor drei Jahren war das Platzangebot in Brühl mit knapp 200 Plätzen für Kinder unter drei Jahren eher noch gering.

Der Bundesgesetzgeber ging seinerzeit bei der Verabschiedung des Gesetzes davon aus, dass durchschnittlich 35 % der Eltern einen Platz für ihre Kinder beanspruchen würden. Diese Zielmarke werden wir in Brühl sogar übertreffen, denn **in diesem Sommer stehen für knapp 40 % der oben genannten Altersgruppe Plätze bereit**, davon 190 in Kindertagespflege. Die Kindertagespflege spielt in Brühl seit jeher eine bedeutende Rolle. **In dieser familienähnlichen und zeitlich sehr flexiblen Betreuung werden daher im kommenden Betreuungsjahr weitere 81 Plätze zur Verfügung gestellt.**

Zusätzlich werden für diejenigen unter den Eltern, die eine Betreuung an lediglich zwei oder drei Vormittagen wünschen, **Minikindergartengruppen** eingerichtet, die **pro Vormittag jeweils bis zu vier Stunden geöffnet** sein werden.

Die Inanspruchnahme der Minikindergartengruppen, wie auch der Tagespflege, empfehle ich insbesondere für die ganz Kleinen. Ein späterer Wechsel in eine Kindertagesstätte ist selbstverständlich möglich und aus meiner Sicht auch wünschenswert.

**Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir den gesetzlichen Anspruch in Brühl erfüllen werden!**

Es wird sicherlich nicht allen Städten und Gemeinden in NRW gelingen, bis zum Stichtag ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige bereitzustellen. **Jetzt zeigt sich, dass unser Weg, rechtzeitig mit der Schaffung der Betreuungsplätze zu beginnen und den Ausbau voranzutreiben, der richtige war.** Denn im Hinblick auf die Einlösung des Rechtsanspruches sind in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Plätze für unter Dreijährige in den **Tagesstätten der Katholischen und Evangelischen Kirche**, dem **Sozialdienst Katholischer Frauen in seiner Einrichtung St. Margareta**, der **Elterninitiative Rasselbande in Schwadorf** und dem **Waldkindergarten am Wasserturm** geschaffen worden.

**Hierfür spreche ich den Trägern an dieser Stelle meinen Dank und meine Anerkennung aus.**

Sowohl für die **Kindertageseinrichtung Clemens-August-Straße** als auch für das **Familienzentrum „Merseburger Straße“ in Vochem** wurde der erste Spatenstich im Herbst des vergangenen Jahres ausgeführt und der Bau geht mit großen Schritten voran – hin zu einer familienfreundlichen Zukunft. Nach Fertigstellung der beiden Neubauten im Sommer 2013 werden durch die vier zusätzlichen Gruppen 45 neue, so genannte U3-Plätze angeboten werden.

So stellt auch die neue **Großtagespflegestelle im Brühler Süden** Plätze für die U3-Betreuung in Schwadorf zur Verfügung. Die Großtagespflegestelle befindet sich in ehemaligen Räumen des katholischen Kindergartens St. Severin und wurde Dank Dechant Jochen Thull, der sowohl die Idee hatte, als auch diese bei der Diözese durchsetzte, sogar mietfrei zur Verfügung gestellt. Dass eine **private Großtagespflegestelle mit einem katholischen Kindergarten** unter einem Dach zusammenarbeitet, ist einmalig im Rhein-Erft-Kreis.

Darüber hinaus hat der **ASB** seit dem 01. August des vergangenen Jahres die Trägerschaft der **Kindertagesstätte am Rodderweg 270** und von der katholischen Kirchengemeinde St. Margareta das Eigentum an Gebäude und Grundstück übernommen. Nach dem Kauf eines angrenzenden Grundstückes ist geplant, das sanierungsbedürftige Haus abzurechen. An gleicher Stelle wird dort bis voraussichtlich Mitte 2014 ein neues, barrierefreies Gebäude errichtet, mit dem die Tagesstätte auf vier Gruppen erweitert wird und so weitere Plätze für die ganz kleinen Brühlerinnen und Brühler entstehen.

Zu guter Letzt wird es zum Beginn des nächsten Kindergartenjahres noch eine städtische Großtagespflegestelle mit 18 Plätzen geben, welche teilweise in der **Kindertageseinrichtung Clemens-August-Straße** und teilweise in einer **Wohnung der Gebausie in der Friedrichstraße** eingerichtet wird. Die noch in der Planung befindliche 5-gruppige **Kindertageseinrichtung „Kunterbunt“** erhält ab dem 01.08.2013 zwei Vorläufergruppen.

**Schließlich tragen auch unsere 42 Tagesmütter und immerhin 2 Tagesväter dazu bei, dass unsere Kinder gut betreut werden.**

Ich bin sehr froh darüber, dass im neuen **Familienzentrum „Merseburger Straße“** die Angebote der Elternbildung und Beratung in wesentlich größerem Umfang durchgeführt werden können. Durch die Aufnahme eines Teils von Vochem in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ wird es möglich, u.a. eine Bibliothek und ein Elterncafé zu integrieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

abschließend kann ich Ihnen und den Eltern versichern, dass ich die Entwicklung der Kinderzahlen in unserer Stadt genau beobachten und immer wieder überprüfen lassen werde, ob der von den Eltern geäußerte Bedarf tatsächlich unseren Annahmen und unserem Angebot entspricht. **Sofern sich eine nicht vorauszusehende Entwicklung von Anmeldezahlen und Unterbringungswünschen ergeben sollte, werde ich darauf flexibel mit einem weiteren Ausbau reagieren.**

Meine Damen und Herren,

auch in diesem Jahr bietet die Stadt Brühl allen Eltern von Grundschulkindern, die nicht im Offenen Ganztage sind, sowie insbesondere den Kindern, die erst nach den Sommerferien eingeschult werden, eine **Ferienbetreuung** an. Das Team der schulbezogenen Sozialarbeit an Brühler Grundschule bietet für 75 Kinder die Ferienbetreuung an der Barbara-Schule an und hat hierfür ein abwechslungsreiches Programm für die Kinder erarbeitet. Auch hiermit schließen wir eine Lücke für die Eltern bzw. Elternteile, die berufstätig sind und die Betreuung ihrer Kinder in der Ferienzeit nicht anderweitig sicherstellen können. Vor allem für die Eltern der Vorschulkinder ist diese zusätzliche Maßnahme sehr wichtig, da ihre Kinder zum 31.07. aus dem Kindergarten ausscheiden und die Zeit bis zum Ferienende, welches in diesem Jahr mit dem 03.09. sehr spät gelegen ist, überbrückt werden muss.

## **5. Weitere Verbesserung der „Kinder- und Jugendförderung“**



Verehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

meine Wertschätzung für das **ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Brühler Jugendverbänden** habe ich schon mehrfach zum Ausdruck gebracht. Der uneigennützig Einsatz für das anregende und gesunde Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen findet in unserer Stadt in der unschätzbaren Vielfalt der Freizeitaktivitäten der Kinder- und Jugendgruppen seinen Ausdruck.

Diese Aktivitäten werden seit jeher finanziell unterstützt. Nunmehr ist der **Stadtjugendring**, der dankenswerterweise die Mittel der Stadt Brühl seit Jahren vorbildlich verwaltet, an mich mit dem Wunsch nach Verbesserungen herangetreten.

In konstruktiven Gesprächen zwischen den Verantwortlichen des Jugendamtes und dem Vorstand des Stadtjugendringes wurde **vereinbart**

**1. die Ehrenamtlichen in der Jugendverbandsarbeit durch weitere Vergünstigungen für Inhaber der Jugendleiter-Card zu unterstützen.**

Neu ist ab diesem Jahr die einmal jährliche kostenlose Nutzung des „Schwindelfrei“-Kletterwaldes und der zweimal jährliche kostenlose Eintritt in das Zoom-Kino.

Wie auch schon in den Vorjahren profitieren die Jugendleiter/innen auch zukünftig von den Teilnehmerbetragsreduzierungen bei Kursen der Kunst- und Musikschule, den reduzierten Eintrittspreisen bei städtischen Jugendkulturveranstaltungen und dem zehnmal jährlichen kostenlosen Eintritt in das KarlsBad.

**2. Teilnehmer/innen aus finanzschwachen Familien zukünftig mit dem dreifachen Regelsatz zu unterstützen und**

**3. den Zuschusssatz für Betreuer erheblich zu erhöhen**

**Alle Maßnahmen zusammen ergeben eine Erhöhung von 6.400 € das entspricht etwas mehr als 10 % des bisherigen Fördervolumens. Eine, wie ich finde, wichtige und gerechtfertigte Anerkennung von Jugendverbandsarbeit.**

**5.1 Ausbau der mobilen Jugendarbeit mit dem „Cultra-Mobil“**

Meine Damen und Herren,

mit der Eröffnung des „Cultra“, das sich dank des Engagements des ASB als Träger der Einrichtung längst auch überregional einen Namen gemacht hat, wurde auch die **mobile Jugendarbeit als eigenständiges Arbeitsfeld etabliert**. Hier wurde in den letzten Jahren allerdings deutlich, dass eine zeitliche Ausdehnung der aufsuchenden Jugendarbeit sowie ein neues cliquenorientiertes Konzept wünschenswert sind.

**Dem wird mit dem neuen Konzept, das allerdings noch in den zuständigen Gremien verabschiedet werden muss, Rechnung getragen.**

Wesentlich wird zukünftig sein, dass das Team der Mobilien Arbeit im Cultra über einen ausgebauten Kleinbus verfügt, der mit zahlreichen Freizeitangeboten „aus dem Kofferraum“ auch eine Aufenthaltsmöglichkeit für Jugendliche bei schlechtem Wetter bietet. Mit dem Cultra-Mobil werden alle etablierten Jugendtreffpunkte regelmäßig angefahren.

## **5.2 Sozialarbeit an Grundschulen und dem MEG**

Meine Damen und Herren,

seit Beginn des Schuljahres 2011/2012 erhält die Stadt Brühl befristet bis zum Sommer 2014 Mittel zur zusätzlichen Einrichtung von Schulsozialarbeit an Grund- und weiterführenden Schulen aus dem **Bildungs- und Teilhabepaket**. **Die Stadt Brühl hat diese Mittel zur Einrichtung von vier zusätzlichen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungsstellen verwendet**. Drei pädagogische Mitarbeiterinnen übernehmen seit diesem Zeitpunkt die sozialpädagogische Unterstützung in den acht Brühler Grundschulen, eine weitere Mitarbeiterin wird im Max-Ernst-Gymnasium eingesetzt. Zudem konnten der Förderschule Pestalozzi weitere 5 Wochenstunden der sozialpädagogischen Mitarbeiterin auf nun insgesamt 25 Wochenstunden zur Verfügung gestellt werden. **Somit können alle städtischen Brühler Schulen auf eine sozialpädagogische Unterstützung zurückgreifen. Aufgrund der Rückmeldungen meines Jugendamtes und der beteiligten Schulen, hat sich die Sozialarbeit an Schulen zu einem unverzichtbaren präventiven und entlastenden Element für die Schulen entwickelt und allerorten sind die positiven Auswirkungen schon spürbar. Dieses hat mich in meinem Entschluss bestärkt, die sozialpädagogische Unterstützung für die Grundschulen und unsere Förderschule sowie des Max-Ernst-Gymnasiums aus städtischen Mitteln, unabhängig davon, ob für die Schulsozialarbeit weiterhin Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, weiter fortzuführen.**

## 6. Schule und Sport

### Anstehende Maßnahmen im Bereich „Schule“

#### Bauliche Maßnahmen

Meine Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

die anhaltende Reformflut im Bereich „Schule“ konfrontierte die Stadt Brühl in den zurückliegenden Jahren mit einer Vielzahl unterschiedlicher und zudem zeitlich drängender Herausforderungen, die es zu lösen galt. **Nicht ganz ohne Stolz blicken wir heute in Brühl auf eine intakte Schullandschaft, die sich nicht nur allen Themen des offenen und gebundenen Ganztages erfolgreich gestellt hat, sondern die fortlaufend für eine zeitgemäße Umsetzung und Weiterentwicklung des vorherrschenden Bildungssystems steht.** Hierzu zählen auch und vor allem Neubau- oder Modernisierungsmaßnahmen, so dass sich dem letztjährigen Mensa-Bau am Max Ernst-Gymnasium im Jahr 2013/2014 die **Herrichtung eines neuen Biologie-Raumes an der Erich Kästner-Realschule** im Rahmen eines Kostenvolumens von 95.000 € anschließen wird. Doch wird auch das **Max-Ernst-Gymnasium** weitere Sanierungen erfahren: Noch **in diesem Jahr** wird die Sanierung der **Verwaltungs- und der Jungentoilette am Lopolop-Garten** erfolgen und speziell in diesem Fall eine zuletzt unerträglich gewordenen Situation beenden; **im nächsten Jahr** erfolgt dann die **Sanierung der Toilettenanlage an der Aula.**

Der starke OGS-Trend an der **Melanchthonschule** erfordert die kurzfristige Bereitstellung von zusätzlichem Raum, so dass hier eine **Container-Lösung** mit einem Kostenvolumen in Höhe von 290.000 € umzusetzen ist. Eine ähnliche Erweiterung gibt es an der Barbaraschule. Hier werden Planungskosten in Höhe von 20.000 € für die Aufstellung eines zusätzlichen Containers aufgenommen, der als Ersatz und Erweiterung der bestehenden Pavillonanlage dienen wird, um den dort entstandenen Bedarfen für die **Betreuungsformen „acht bis eins“ und „13plus“** entsprechen zu können.

#### Schulentwicklungsplan

Entscheidend für die weitere Planung und Entwicklung unserer Schullandschaft wird vor allem die Prognose zukünftiger Schülerzahlen sein. Hier steht die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes ganz oben, so dass im Haushalt 2013 ein Ansatz von 30.000 €

berücksichtigt ist, um in Zukunft auf veränderte Schülerzahlen und Aufgabenstellungen zielgenau reagieren zu können.

## **Inklusion**

Als ein ganz großes Thema im Schulbereich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird uns in Zukunft die Inklusion eine Vielzahl von Herausforderungen bescheren. Auch wenn sich der Start der schulischen Inklusion auf den Beginn des Schuljahres 2014/2015 um ein Jahr verschoben hat, so werden die Kommunen bei der Umsetzung des gemeinsamen Lernens von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern neue Aufgaben zu lösen haben. Bereits jetzt schon findet an unseren Schulen der so genannte **„Gemeinsame Unterricht“ (GU)** statt, der behinderte und nichtbehinderte Kinder unter Einsatz von zusätzlichen Fachpädagogen in den Klassen zusammenführt und gemeinsam lernen lässt. Die Grundschulen Brühl-Vochem, Barbaraschule und Martin Luther-Schule decken derzeit den GU-Bedarf im Grundschulbereich ab. Darüber hinaus findet auf Grundlage von Einzelfallentscheidungen an allen weiterführenden Schulen Gemeinsamer Unterricht statt. **Mit der Einrichtung eines „Runden Tisches“ zum Thema „Inklusion“ durch die Pestalozzi-Schule wurden in Brühl beste Voraussetzungen geschaffen, dieses „große Thema“ in einer sinnvollen Vernetzung aller relevanten Akteure weiter zu entwickeln.**

An jeder städtischen Schule konnte den bisher unterschiedlichen Bedarfen im Hinblick auf eine behindertengerechte Ausstattung entsprochen werden, sei es durch die Schaffung von zusätzlichen Behinderten-WCs, durch die Montage von Lärmschutzplatten für hörgeschädigte Kinder oder etwa auch durch die weitere Herrichtung von Rampen für Rollstuhlfahrer. Nun gilt es, die anstehende Änderung des Schulgesetzes abzuwarten, die uns eine konkrete Handlungsgrundlage für die Einführung der Inklusion an unseren Schulen bescheren wird. **An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich das bemerkenswerte Engagement zahlreicher Lehrerinnen und Lehrer ins Blickfeld rücken, die in ihrer schultäglichen Arbeit – auch ohne gesetzliche Grundlage zur Inklusion – seit langer Zeit und völlig selbstverständlich ihr Wissen und ihre Kraft der gemeinsamen Beschulung behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler widmen.**

## **Rückblick Investitionen Schulbau**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine Vielzahl von aktuell oder in den letzten Jahren abgeschlossenen Um- oder Neubaumaßnahmen, die an der Erich Kästner-Realschule in Höhe von 5,2 Mio. Euro für den Anbau, an der Gemeinschaftshauptschule Clemens August-Schule in Höhe von 5,6 Mio. Euro für den Neubau und eine Kernsanierung des Verwaltungstraktes im Altbau sowie am Max Ernst-Gymnasium in Höhe von 6 Mio. Euro für den Erweiterungsneubau und 2,1 Mio. Euro für den Mensabau umgesetzt wurden, haben in Brühl die Voraussetzungen eines zeitgemäßen Schul- und Bildungssystems einmal mehr verbessert und auf ein hervorragendes Niveau gestellt. Zählen wir zum hierbei erreichten Gesamtvolumen von 18,9 Mio. Euro noch die für die OGS-Bauten investierten 5,5 Mio. Euro, so ergibt dies einen **Gesamtbetrag von 24,4 Mio. Euro, den die Stadt Brühl in den zurückliegenden Jahren für Schulbaumaßnahmen, das heißt: für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen bereitgestellt hat.** Hierin enthalten sind noch keine Instandsetzungs- oder Unterhaltungsmaßnahmen.

Das Thema Schule steht in enger Verbindung mit dem **Thema Ausbildung.** In diesem Jahr wird im Frühjahr 2013 aufgrund der Schulzeitverkürzung ein doppelter Abiturjahrgang die Gymnasien im Land Nordrhein Westfalen. Doppelt so viele Schülerinnen und Schüler drängen auf den Ausbildungsmarkt sowie in die Studiengänge der Fachhochschulen und Hochschulen bzw. in Praktikumsplätze. **Insgesamt werden im Jahr 2013 somit 585 Abiturentinnen und Abiturienten von den Brühler Schulen entlassen.**

Ebenso werden die Schulabgänger/innen der Klassen 12 aus der Höheren Handelsschule **(200 mit Fachhochschulreife)** sowie der Klassen 10 aus der Förderschule (19), der Hauptschule (83), den beiden Realschulen (201), der Gesamtschule (50 bis 60) und der Gymnasien (20 bis 25) mit insgesamt **ca. 370 bis 390 Abgänger/innen mit Hauptschulabschluss oder mittlerem Schulabschluss** auf der Suche nach Plätzen für Aus- und Weiterbildung sein.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat auf Landesebene bereits frühzeitig Maßnahmen zur Überbrückung des doppelten Abiturjahrgangs ergriffen. **Auch die Stadt Brühl, die weiterführenden Brühler Schulen sowie die Stadtschulpflegschaft haben sich bereits im Frühjahr 2012 an einem runden Tisch zusammengefunden, um das Problem des zu erwartenden Abgängeransturms zu besprechen.**

Bereits **im Mai des vergangenen Jahres** habe ich daher mit einem **Anschreiben alle in Brühl ansässigen Wirtschaftsunternehmen** zur Unterstützung der Brühler Schulabgänger/innen gebeten, im Jahr 2013 so viele Ausbildungsplätze als möglich bereitzuhalten. Auch Praktikumsplätze sind zur Überbrückung hochwillkommen.

Ebenso habe ich an die **ortsansässigen karitativen Einrichtungen** appelliert, verstärkt Plätze für die Absolvierung eines Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahres vorzuhalten. Auch hier helfen zusätzliche Praktikumsplätze überbrückend weiter.

Ich hoffe hier auf einen entgegenkommenden Einsatz, damit möglichst kein Schulabgänger im Sommer 2013 ohne Perspektive dasteht.

**Auch die Stadt Brühl stellt in diesem Jahr natürlich - mehr - Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ich habe festgelegt, dass wir als Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen - getreu der Sachlage: Doppelter Jahrgang = doppelte Ausbildungsplatzzahl - und somit alle in diesem Jahr für die Allgemeine Verwaltung vorgesehenen Ausbildungsplätze doppelt besetzen!**

### **Anstehende Maßnahmen im Bereich „Sport“**

#### **Herrichtung einer Dirt-Bike-Anlage auf der Sport- und Freizeitanlage Brühl-Süd**

Meine Damen und Herren,

kommen wir zum Sport. Auf der Sport- und Freizeitanlage Brühl-Süd erleben wir seit vielen Jahren eine jugendliche Skaterszene, die mit großer Begeisterung die dortige Anlage nutzt und die sich in der Vergangenheit immer sehr engagiert gezeigt hat bei der Unterstützung anstehender Reparaturmaßnahmen oder bei etwaigen Erneuerungen der dortigen Rampen-Elemente. **Ein solches jungendliches Engagement habe ich immer gerne gefördert und werde dies auch zukünftig tun.** Daher habe ich mit Freude zur Kenntnis nehmen dürfen, dass sich **neben dieser Skaterszene nun auch eine Bikerszene** gebildet hat. Einige Jugendliche dieser Bikerszene haben bei mir ihren Wunsch nach einer **Dirt-Bike-Anlage** geäußert, was mich dazu veranlasst hat, die Errichtung einer derartigen Anlage zu prüfen.

Ich halte es für ausgesprochen wichtig, neben den etablierten Sportarten in Hallen und auf den Sportplätzen auch solchen „Exoten-Sportarten“ eine Lobby und somit den entsprechenden Raum zu bieten, um das damit einhergehende **Engagement von Jugendlichen zu fördern und gleichzeitig die Attraktivität unserer Brühler Sportszene zu steigern.** Die Gesamtkosten für die Errichtung einer solchen Bikeranlage liegen bei 18.800 Euro, die jährlichen Betriebskosten für die Kontrolle, Pflege und Reinigung der Anlage fallen in einer Höhe von ca. 3.000 Euro jährlich an. Die vorgesehene Anlage besteht bereits in der Stadt Euskirchen und wird dort von zahlreichen Jugendlichen mit großer

Begeisterung angenommen. Gerne möchte ich diesen Standard auch unseren interessierten Jugendlichen in Brühl anbieten können.

### **Förderung der Vereinsjugendlichen bis zum 21. Lebensjahr**

Doch liegt mir auch, meine Damen und Herren, eine erneute Stärkung unserer Sportvereine am Herzen. **Hier ist im Haushaltsentwurf vorgesehen, den jährlich auszuschüttenden Betrag für Jugendliche bis zum 21. Lebensjahres - analog zur Förderung der Jugendverbandsarbeit - um 10% anzuheben, was einem Anstieg des pro-Kopf-Betrages von bisher 7,50 Euro auf 8,25 Euro entspricht.** Der bisherige Gesamtansatz der Sportförderung in Höhe von 63.100 Euro erhöht sich damit um 5.000 Euro auf insgesamt 68.100 Euro.

### **Umwandlung des Fußball-Tennenplatzes Brühl-Schwadorf in einen Kunstrasenplatz**

Auch die populärste Sport-Nebensache der Welt, meine Damen und Herren, möchte ich unterstützen – und zwar mit der Errichtung eines weiteren Kunstrasenplatzes in Brühl.

Der **FC Schwadorf** als ein Brühler Traditionsverein mit einer über Jahrzehnte hinweg beständigen Vielzahl von Mannschaften, der zudem in eigener Regie ein Vereinsheim schaffen konnte, hat bei mir seine Bereitschaft signalisiert, bei einer etwaigen Umwandlung der jetzigen Asche-Decke in **Kunstrasen** ein hohes Maß an unterstützenden Arbeiten in Eigenregie durchführen zu wollen. Sie kennen die Beschlusslage, wonach bei Sanierungsbedarf eines Asche-Fußballplatzes über die Umwandlung in einen Kunstrasenplatz nachgedacht werden soll. Sie sind sicher mit mir einer Meinung, dass über den Sanierungsbedarf des Sportplatzes Brühl-Schwadorf nicht weiter diskutiert werden muss, so dass die Bereitstellung eines Gesamtbetrages von insgesamt **660.000 Euro für diese Sanierungsmaßnahme** mehr als richtig erscheint. Bereits in diesem Jahr soll die Planung der Maßnahme erfolgen, wofür 60.000 Euro kalkuliert werden. Auf die eigentliche Baumaßnahme im Jahr 2014 entfallen dann 600.000 Euro.

### **Rückblick Investitionen Maßnahmen im Sportbereich**

**Brühl ist nicht nur eine Kultur-, sondern auch eine Sportstadt**, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Daher ist es mir auch nicht schwer gefallen, den hiesigen Schulsport, aber insbesondere auch die rege Sportvereinsszene mit ihren unzähligen ehrenamtlich motivierten Förderern und letztendlich natürlich die Sportlerinnen und Sportler im Blickfeld zu bewahren und die

Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung der etablierten Sportszene zu verbessern. Die in den letzten Jahren erfolgte Modernisierung des Schlossparkstadions sowie die Schaffung der beiden Kunstrasenplätze in Brühl-Badorf und Brühl Heide vollzogen sich im Rahmen eines Kostenvolumens von 5,2 Mio Euro. Im Bereich der gedeckten Sportstätten kam es hier zu einer Investition in Höhe von 6,7 Mio Euro, die auf den Umbau der Turnhalle Brühl-Vochem, den Bau der Dreifachhalle innerhalb des BTV-Zentrums oder für besondere Instandsetzungsmaßnahmen in den Turnhallen der St. Franziskus-Schule, der Martin Luther-Schule oder der Dreifachhalle Brühl-Mitte entfielen. In der Summe ergibt dies einen Betrag in Höhe von rd. 11,9 Mio Euro, der sich mit der vorgesehenen Schaffung der Dirt-Bike-Anlage sowie der Umwandlung des Sportplatzes Brühl-Schwadorf in einen Kunstrasenplatz auf rd. **12,6 Mio.** Euro erhöhen wird. **Dies ist mehr als ein eindeutiger Beweis dafür, dass auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen der Sport in Brühl seinen besonderen Stellenwert halten kann.**

### **Stadtentwicklung, Umwelt, Denkmalschutz**

Verehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

auch die Haushaltsjahre 2013 und 2014 werden ganz im Zeichen der Umsetzung des **Förderprogramms „Sanierung der Brühler Innenstadt“** stehen – und das neue Gesicht der Innenstadt ist an vielen Stellen schon deutlich erkennbar. Die Gesamtplanung, bestehend aus den einzelnen Projektbausteinen Steinweg, Carl-Schurz-Straße, Brühl – Mitte, Balthasar – Neumann – Platz, Uhlstraße und Janshof umfasst ein Gesamtvolumen von 6,6 Mio Euro und soll bis ins Jahr 2015 umgesetzt werden.

Nachdem der **Steinweg** im letzten Jahr fertiggestellt werden konnte und sich nun als attraktiv gestalteter Einkaufsboulevard präsentiert, folgen in den Jahren 2013/14 die **Umgestaltung der Uhlstraße inklusive Bau des Kreisverkehrs Uhlstraße / Liblarer Straße** sowie in den Folgejahren 2014/15 die **Fortführung der Umgestaltung der Ost – West – Achse mit dem Ausbau der Carl-Schurz-Straße, Brühl-Mitte und dem Balthasar-Neumann Platz.**

**Letztere Maßnahme bildet mit rund 3,4 Mio. Euro den Programmschwerpunkt und stellt im Zusammenspiel zwischen öffentlicher Hand und privater Eigentümerschaft eine besondere Herausforderung dar.** Hier gilt es, die technischen Notwendigkeiten zur Sanierung der privaten Tiefgarage unter dem Platz mit der öffentlichen Maßnahme zur Umgestaltung und Attraktivierung der Platzoberfläche miteinander zu verzahnen.



So wird bedauerlicherweise die Umgestaltung des Balthasar-Neumann-Platzes durch die unumgängliche Kompletterneuerung der Betondecke nicht nur teurer als geplant, sondern das Projekt kann auch nicht, wie anvisiert, in diesem Jahr fertig gestellt werden. Nach langen Verhandlungen mit der Eigentümergemeinschaft haben wir uns auf eine **gemeinsame Ausschreibung** verständigt. **Ich rechne damit, dass mit den Arbeiten Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres begonnen wird.** Neben der Betonung der Wegebeziehungen auf dem Balthasar-Neumann-Platz freue ich mich besonders auf den **barrierefreien Zugang der Unterführung Brühl-Mitte**, der zu einem späteren Zeitpunkt auf der Seite der Carl-Schurz-Straße sein Pendant finden wird. Somit entfällt der für Menschen mit Behinderung schon fast diskriminierend wirkende Umweg über die Clemens-August-Straße.

Wesentlich früher gehen wir in diesem Jahr einen **weiteren Baustein der Innenstadtrahmenplanung** an: **Die Uhlstraße soll vom Stern aus nach Süden als Tor zur Innenstadt aufgewertet und attraktiver gestaltet werden.** Der Planungsausschuss hat dies im September des vergangenen Jahres einstimmig beschlossen. Dank der Förderung durch das Land NRW - im Rahmen der Städtebauförderung beträgt der Fördersatz 60 % - ist der städtische Anteil auf knapp 40% der veranschlagten Umbaukosten reduziert.

**Ich freue mich, dass zukünftig „das gestalterische Bild“ um die Giesler-Galerie durch breitere Gehwege dominiert wird und mehr Raum für Fußgänger geschaffen wird. Die breiteren Gehwege können auch wunderbar von Gastronomiebetrieben und Geschäften für ihre Auslagen benutzt werden.**

**Tempo-30** wird eingeführt, auf der Seite der Giesler-Galerie sind **Baumpflanzungen** vorgesehen. Abgerundet wird dies im wahrsten Sinne des Wortes durch einen **Kreisverkehr am Knotenpunkt Liblarer Straße/Uhlstraße/Pingsdorfer Straße**. Ich bin mir sicher, dass wir so eine attraktive Geschäftsstraße schaffen, die vermehrt die Bürgerinnen und Bürger zum Bummeln einladen wird - und hiervon können wiederum alle ansässigen Geschäfte profitieren.

**Perspektivisch gesehen bildet im Jahre 2015 ff der Janshof den Abschluss des investiven Teils zum Programm Innenstadt, vorbehaltlich der zukünftigen Mittelbereitstellung.**

Flankierend sollen in den kommenden beiden Haushaltsjahren **im Sanierungsgebiet Innenstadt auch private Modernisierungsmaßnahmen** angestoßen und durch die öffentliche Hand unterstützt werden. Der Rat beschloss hierzu im letzten Jahr mit dem **Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“** eine Modernisierungsrichtlinie, die den Eigentümern Möglichkeiten bietet, Modernisierungsmaßnahmen an ihren Gebäuden durchzuführen und auch fördern zu lassen.

**Ziel des neuen Förderprogramms ist es, auch Privatleute für eine Verschönerung der Innenstadt zu gewinnen und damit möglichem Leerstand von Ladenlokalen in der City entgegenzuwirken.**

Wie sich eine **Verschönerung der Fassade in der Fußgängerzone** auswirken kann, hat zuletzt der Eigentümer des Gebäudes Markt 6 vorgemacht - Sie wissen, das ehemalige Chinarestaurant, der sein Gebäude grundsaniert und die Fassade komplett erneuert hat – wie ich finde: eine wahre Augenweide - und in eins der beiden Ladenlokale das Brauhaus „früh“ nach Brühl holen konnte. Hier hoffe ich auf entsprechende Nachmacher!

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

mein Blick für Stadtentwicklung umfasst nicht nur die Innenstadt, sondern auch die **Entwicklung unserer einzelnen Stadtteile**. Einer unserer größten Stadtteile **Vochem** steht da mit dem Projekt „**Soziale Stadt**“ und der **Umgestaltung des Thüringer Platzes** sicherlich an erster Stelle.

Erst Ende Dezember des vergangenen Jahres haben wir die beantragten **Landeszuwendungen in Höhe von knapp 1,25 Mio. € bewilligt** bekommen, so dass das Projekt „Soziale Stadt Brühl-Vochem“ bis Ende des Jahres 2015 gesichert ist. Ich freue mich sehr, dass nahezu alle Programmteile aus dem Integrierten Handlungskonzept, insbesondere auf dem Gebiet der Stadterneuerung angeschoben und realisiert werden können. **Ich betrachte das positive Ergebnis des Förderbescheides, mit dem das Vochemer Projekt jetzt ausfinanziert werden kann, auch als Anerkennung des Fördergebers, das Land NRW, für ein überzeugendes Konzept zur Profilierung dieses Brühler Stadtteils.**

Sehr bedauerlich ist, dass nach dem Bund auch das Land NRW für das Stadterneuerungsprogramm „Soziale Stadt“ die Mittel erneut zurückfahren wird. Mittelkürzungen in diesem Segment sind m.E. das falsche Signal, denn das Förderprogramm ist in höchstem Maße erfolgreich. Es hilft bei der Bewältigung sozialer, struktureller und baulicher Probleme, unterstützt den Umbau von benachteiligten Stadtteilen und so die Städte und Gemeinden beim Kampf gegen die fortschreitende räumliche Segregation. Städte und Gemeinden sind hier auch weiterhin dringend auf eine wirksame Unterstützung durch Bund und Länder angewiesen.

**Trotzdem werden wir mit großer Kraftanstrengung Vochem nachhaltig aufwerten.** Neben dem bereits erwähnten **Neubau der Kindertagesstätte** ist hier zuallererst die **Neugestaltung des Thüringer Platzes** zu nennen. **Die Arbeiten werden – so ist es geplant – im April dieses Jahres beginnen.** Das Herz von Vochem wird damit ein neues

Gesicht bekommen, aber auch zu einem attraktiven, **wirklichen Ortsmittelpunkt** umfunktioniert. Mit dieser Maßnahme einher geht die **lang ersehnte Ansiedlung des REWE** Marktes. Damit ist sichergestellt, dass unser Stadtteil Vochem endlich wieder eine Nahversorgungsmöglichkeit erhält.

**Die Gesamtmaßnahme ist mit 965.000 Euro veranschlagt und wird mit 477.000 Euro durch das Land gefördert.** Auch die Realisierung des Familienzentrums in unmittelbarer Nähe zum Thüringer Platz ist bereits in vollem Gange. Das Projekt beinhaltet neben der verlagerten und um zweieinhalb Gruppen vergrößerten KITA auch Räumlichkeiten (u.a. Medienbibliothek), die Fördergegenstand des Soziale Stadt Programms sind. Die anteiligen Kosten in Höhe von 455.000 € werden zu 60 % mit rund 273.000 € durch das Land gefördert. Auch für diese Maßnahme liegt bereits ein **Bewilligungsbescheid** vor.

Im nördlichen Bereich des Programmgebietes Soziale Stadt ist die **städtebauliche Neuordnung rund um das evangelische Gemeindezentrum im Bereich des ehemaligen Fronhofes** vorgesehen. Neben dem sozialen Wohnprojekt eines gemeinnützigen Trägers auf dem Gelände des heutigen Parkplatzes soll eine öffentliche Platzfläche im Vorbereich des Gemeindezentrums entstehen und **den Gesamtbereich zwischen Sommersberg/Stiftstraße und Hauptstraße städtebaulich erheblich aufwerten.**

**Die Maßnahme ist mit rund 600.000 € für das Jahr 2014 vorgesehen und wird mit 60 % bezuschusst.**

Zusammen mit den weiteren zahlreichen Vorhaben, wie z.B. Grundstücksentwicklung und Neubauten an der Straße „**Zum Sommersberg**“ oder an der **Kierberger Straße** oder auch das **Familienzentrum Merseburger Straße**, welches ich bereits erwähnt habe, bin ich guter Hoffnung, dass Vochem in einigen Jahren wieder ein Stück weit attraktiver geworden sein wird. **Es ist im Interesse der Menschen vor Ort und in der gesamten Stadt, dass sich für diese realistische Vision der Gesamtkonzern Stadt verantwortlich fühlt.**

**Welche Fördermaßnahmen werden in 2013 noch umgesetzt?**

- die **Sanierung des Bahnhofsgebäudes** mit einem Gesamtvolumen von rund 2 Mio €. Die bereits bewilligte Fördersumme des Bundes beträgt hier 800.000 €
- die **barrierefreie Umgestaltung der Bushaltestellen** im Brühler Stadtgebiet in einem Gesamtvolumen von 800.000 €, der Fördersatz liegt hier bei 80 % !

Insgesamt bin ich sehr zuversichtlich, dass wir **unsere Innenstadt weiterhin zukunftsfähig aufstellen** können, wenn wir konsequent die von uns beschlossenen Ziele der Innenstadtrahmenplanung verfolgen. An dieser Stelle spreche ich noch einmal meinen

Wunsch nach politischem Konsens aus. Das Thema Innenstadt ist zu wichtig, um aus parteipolitischen Zwängen heraus zerredet zu werden.

Ferner möchte ich noch hervorheben, dass in den Jahren 2013/2014 zukunftsweisende, **umweltrelevante Planungen** auf den Weg gebracht werden.

Die Planungen für den **zweigleisigen Ausbau der Linie 18** schreiten in 2013 deutlich voran. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens können die Bürgerinnen und Bürger zurzeit im Fachbereich 61 Einsicht in die Planunterlagen nehmen. Ausgehend von einem **städtischen Anteil von rund 3 Mio. €** sind ab 2014 jeweils 1 Mio. € pro Jahr im Haushalt als Investitionsprogramm für die Maßnahme veranschlagt.

Die **Umsetzung der Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan** hat mit ersten Beschilderungsmaßnahmen im vergangenen Jahr bereits begonnen. Für 2013 ist die Erstellung eines LKW-Lenkungskonzeptes in der Größenordnung von 50.000 € vorgesehen.

Ein weiterer Focus - und ein wichtiger Baustein einer nachhaltigen Stadtentwicklung - liegt in der **Radverkehrsförderung**. So stellt das Fahrrad aufgrund der kurzen Wege innerhalb des Stadtgebietes ein gern und häufig genutztes Verkehrsmittel dar, wie die Untersuchung zum Verkehrsaufkommen rund um die Giesler-Galerie belegt hat. **Dass Brühl eine fahrradfreundliche Stadt ist, sieht man an allen Ecken: Fahrradwegweiser, eine Radstation mit 300 Stellplätzen und ein über 30 Kilometer langes Radwegenetz bestimmen das Stadtbild.**

Seit 1993 ist die Stadt Brühl Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW. Das Gütesiegel haben wir zuletzt im Jahr 2008 erhalten – die nächste Überprüfung steht bevor. In Zusammenarbeit mit vielen Partnern arbeiten wir an der Optimierung eines sicheren und umfassenden Radverkehrsnetzes. **Immerwährendes Bestreben ist es, Fahrradfreundlichkeit innerhalb des Verkehrsverbundes zu erweitern, um allen Brühler Bürgerinnen und Bürgern und auch unseren Gästen zu ermöglichen, das Fahrrad als Verkehrsmittel optimal einzusetzen.**

Alle Maßnahmen im Radverkehr sollen dazu beitragen, dass die Brühlerinnen und Brühler sicher, bequem, leicht und schnell unterwegs sind. Dass Radfahren die Gesundheit fördert und auch aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht immer mehr an Bedeutung gewinnt, bedarf keiner weiteren Vertiefung.

Im Jahr 2014 wird die Stadt Brühl als Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Fußgänger – und Fahrradfreundlicher Städte in NRW erneut überprüft.

Vor diesem Hintergrund sind bereits **im Haushaltsjahr 2013 folgende vorbereitende Maßnahmen** vorgesehen:

- **die Erneuerung der Radwegweisung,**
- **eine Befahrung des Brühler Radwegenetzes**
- **Verbesserungen der Radwegequalität (Ergänzung von Markierungen, Beschilderungen etc...),**
- **Konzeption eines Leitsystems für Fußgänger zur Barrierefreiheit,**
- **Erstellung eines Mobilitätsprofils (Zukunftsbild – Mobilität in Brühl),**
- **begleitende Öffentlichkeitsarbeit,**
- **Konzeption – Radschnellweg**

Abschließend rufe ich noch den bereits eingeleiteten Prozess des **European - Energy - Award (EEA)** in Erinnerung, der uns in den nächsten drei Jahren intensiv begleiten wird.

Im Rahmen dieses Prozesses soll im Jahr 2014 die **Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes** in Auftrag gegeben werden, welches bei geschätzten Kosten von 60.000 € zu 65 % durch das Land NRW gefördert wird.

## **Denkmalschutz**

Anlässlich des am 18.02.2013 eingeweihten „**Braunkohle-Denkmal**“ ist es mir ein besonderes Anliegen, ein paar Worte zum Denkmalschutz im Allgemeinen zu verlieren. Lassen Sie mich, bei allen bis zum heutigen Tage auch teilweise vielleicht kontrovers geführten Debatten rund um dieses jüngste Brühler Denkmal, zunächst die Bedeutung und die Definition des Wortes „Denkmal“ kurz betrachten. Ein Denkmal ist im allgemeinen Sprachgebrauch laut Duden:

1. entweder eine „zum Gedächtnis an eine Person oder ein Ereignis errichtete, größere plastische Darstellung; ein Monument“ (z.B. Statue, Reiterstandbild, Monument, Kriegerdenkmal, Mahnmal, Triumphbogen) oder
2. ein „erhaltenes [Kunst]werk, das für eine frühere Kultur Zeugnis ablegt“ (z.B., UNESCO-Welterbe, Kulturdenkmal, Baudenkmal, Boden- o. Industriedenkmal). Das Wort Denkmal lässt sich erstmals in den Schriften Martin Luthers nachweisen, wo es die Bedeutung „Gedächtnisstütze“ hat. Ein Denkmal ist somit auch ein Monument und soll, im Sinne des

lateinischen monere (= erinnern), an eine Person, an eine Sache oder ein historisches Ereignis erinnern und somit kurz gedenken. Denkmäler sind für mich aber auch der starke Ausdruck eines Zeitgeistes. Sie vergegenwärtigen unser Erbe und konfrontieren uns mit einer fortwirkenden Vergangenheit, die – beharrlich, unbarmherzig, bisweilen auch versöhnlich – in unsere Gegenwart hinein wirkt.

Unserer Stadt Brühl ist reich an historischen Denkmälern. Dazu gehören beispielsweise Bauwerke, Parkanlagen, Wegekreuze, Brunnenanlagen, Plaketten zur Erinnerung an Kriegstote- und Gewaltopfer, aber auch für prägende wirtschaftliche Betriebe in unserer Stadt.

**Das kulturelle Erbe ist ein grundlegendes identitätsstiftendes Element für jede Gesellschaft.** Es gilt, dieses zu erhalten und zu pflegen, wenn wir unsere kulturelle Verantwortung und Verpflichtung auf dem Gebiet der Denkmalpflege wahrnehmen wollen. Gerade in Zeiten der Globalisierung kommt dem kulturellen Erbe erhöhte Bedeutung zu. „Kulturerbe ist eine Ressource, die mit gleicher Dringlichkeit und vergleichbar nachhaltigen Strategien zu bewirtschaften ist, wie die natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft“, so die Resolution: Denkmalschutz in Deutschland ist nationale und internationale Verpflichtung aus dem Jahre 2003.

**Daher betone ich nochmals, dass wir uns als Kulturstadt selbstverständlich unserem kulturellen Erbe verpflichtet fühlen** – dies gilt nach wie vor ebenfalls für den **Brühler Bahnhof**, für den es allerdings auch notwendig ist, einen **barrierefreien Zugang** zu den Bahngleisen sicherzustellen. Nachdem das Bahnhofsgebäude aus Mitteln des Konjunkturpaketes I (KP I) umfassend saniert werden kann, muss ich dies nochmals deutlich anmahnen.

Die Verwaltung hat zuletzt im Jahr 2011 für die Maßnahmen, die nicht vom KP I abgedeckt werden, u.a. die Errichtung von drei Aufzügen zu den Bahnsteigen einen Einplanungsantrag beim Nahverkehrsverbund Rheinland (NVR) gestellt. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt, eine erneute Antragsstellung jedoch empfohlen, um zukünftig in das Förderprogramm des NVR aufgenommen zu werden.

Ich versichere Ihnen, meine Damen und Herren, hier werde ich nicht locker lassen.

**Bachverbände**

Meine Damen und Herren,

die Stadt Brühl ist Mitglied im Palmersdorfer Bachverband. Gemäß der Verbandssatzung des Palmersdorfer Bachverbandes umfasst das Verbandsgebiet auch die Schlossteiche, so dass der **Palmersdorfer Bachverband auch für die Unterhaltung der Schlossteiche zuständig** ist. Die Entschlammung und Entkrautung des Mönchweihers ist dringend erforderlich, da dieser stark bewachsen und sehr nährstoffreich ist. Weiterhin ist der Schlamm mit Schwermetall und organisch belastet. Um ein **Umkippen des Teiches zu verhindern**, ist die Maßnahme dringend geboten und wird ab Herbst 2013 durchgeführt. Die Kosten der Maßnahme werden auf 335.000 EUR geschätzt und wurden am 23.11.2012 in der Verbandsversammlung des Palmersdorfer Bachverbandes beschlossen. Laut Verbandssatzung entfallen auf die Stadt Brühl 73,29 % der Beiträge, so dass die Stadt Brühl ca. 245.000 EUR der Maßnahme trägt. Für 2014 ist aus gleichen Gründen die **Entschlammung des südlichen Teils des Weißweihers** vorgesehen, bei der mit Kosten in gleicher Größenordnung zu rechnen ist.

Ich verweise hierzu gerne auf die Zustände am Aachener Weiher in Köln, der vor einigen Jahren umkippte und tagelang Thema in der Lokalpresse war. Vergleichbare Zustände in Brühl gilt es zu vermeiden.

Die **EG-Wasserrahmenrichtlinie** sieht vor, Gewässer soweit wie möglich bis 2027 in einen guten Zustand zu bringen. Der Rhein-Erft-Kreis hat die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie u.a. für den Palmersdorfer Bachverband koordiniert. Die Umsetzung der Maßnahmenvorschläge wurde in zwei Zeitintervalle, 2013-2018 und 2019-2027, unterteilt. Seitens des Palmersdorfer Bachverbandes werden erst ab 2015 relevante Kosten verursacht, da der Palmersdorfer Bachverband wegen der noch anstehenden Entschlammung des Mönchsweihers und des südlichen Weißweihers mit der Umsetzung der Maßnahmenvorschläge erst im Jahr 2015 beginnen wird. Die prognostizierte Eigenleistung liegt beim Palmersdorfer Bachverband im ersten Zeitintervall bei ca. 13.000 Euro jährlich und im zweiten Zeitintervall bei rd. 11.000 Euro pro Jahr.

### **Elektro-/ Hydrobusse**

Meine Damen und Herren,

auch in Sachen **Einsatz von umweltfreundlichen Bussen** sind wir in Brühl gut aufgestellt. Im Jahr 2009 wurden sie erstmals eingesetzt. Im gleichen Jahr wurden im Stadtbusbetrieb in Kooperation mit Hürth und der RVK sieben CO<sub>2</sub>-Ausstoß-reduzierte Busse in Betrieb genommen. Der Kreis, die Städte Brühl und Hürth und die RVK trafen zudem eine Kooperationsvereinbarung zur „Förderung des Wasserstoffs als Energieträger der Zukunft im

Nahverkehr“. Sichtbares Ergebnis dieser Vereinbarung war im Juni 2011 die Präsentation des Brennstoffzellen-Hybridbus der RVK, der im Rahmen der 5-jährigen Testphase auch Brühler Strecken bedient. Die Wasserstoffbusse können an der Wasserstofftankstelle in Hürth-Knapsack betankt werden – der ersten für die Öffentlichkeit zugänglichen Wasserstofftankstelle in NRW!

**Mit unseren Stadtwerken habe ich vereinbart, dass wir in Brühl ab 2014 einen weiteren umweltfreundlichen Bus in Brühl einsetzen werden, der über einen so genannten Siemens-Ballard Hybrid-Antrieb mit Bremsenergie-Rückgewinnung verfügt. Bei Betrieb dieses Hybrid-Busses mit Namen: „Niederflur – Stadtlinienbus A 3 3 0 FUEL CELL“ wird lediglich klimaneutraler Wasserdampf freigesetzt. Der Wasserstoff wird somit als emissionsfreier und quasi grenzenlos zur Verfügung stehender Energieträger genutzt.**

Der weitere Einsatz von umweltfreundlichen Bussen wird uns dem Ziel „sauberer öffentlicher Personennahverkehr ohne Schadstoff- und Geräuschemissionen“ wieder ein Stück näher bringen.

## **8. Wirtschaftsförderung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

**Vorrangige Aufgabe der Wirtschaftsförderung** ist es, zur Standortsicherung der in Brühl tätigen Unternehmen beizutragen, Arbeitsplätze zu sichern und darüber hinaus neue Unternehmungen anzusiedeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zudem erfolgt eine intensive Begleitung von Existenzgründungen und Neuansiedlungen sowie eine serviceorientierte Betreuung der in Brühl bereits tätigen Unternehmungen - **Notwendigkeiten für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt und der Potential- und Qualitätssicherung und des Qualitätsausbaues des Wirtschaftsstandortes Brühl.** Dem dient auch der von uns eingeführte „**Wirtschaftstreff**“, der auf große Resonanz bei Industrie-, Handwerks-, Einzelhandels- und Dienstleistungsvertretern gestoßen ist und der selbstverständlich seine Fortsetzung finden wird.

Unser **serviceorientiertes Leerstandsmanagement** im Rahmen der Wirtschaftsförderung ist stete Anlaufstation für Fragen der Vermittlung zwischen Vermietern und möglichen Pächtern besonders im Innenstadtbereich – eine Einrichtung, die sich absolut bewährt hat. **Die Vermittlungserfolge der Wirtschaftsförderung konnten etliche Leerstände in der Innenstadt beheben bzw. abwenden.**



Ich freue mich, dass wir am Wirtschaftsstandort Brühl stabile Unternehmen haben. **Unsere breit aufgestellten mittelständischen Betriebe, die Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe sowie die Industrie sind weit über die Region Rhein-Erft bekannt.** Heute befinden sich Global Player der Automobilindustrie, Fertigungs- und Sicherheitstechnik mit ihren Firmensitzen und Produktionsanlagen in Brühl. Daneben verfügt der Standort über angesehene Handwerksbetriebe und Spezialisten der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Diese Vielseitigkeit macht Brühl zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort.

In diesem Zusammenhang nenne ich noch einmal die **herausragende Ansiedlung des Service-Centers der Deutschen Telekom mit rund 750 Arbeitsplätzen auf dem Margareten-Hof.** Der Wirtschaftsförderung der Stadt Brühl ist es in einer großen Gemeinschaftsleistung verschiedener Dienststellen gelungen, in kürzester Zeit die notwendigen Genehmigungsverfahren zur großen Zufriedenheit des Bauherrn abzuarbeiten, so dass nach rekordverdächtiger Bauzeit von nur 9 Monaten im Januar 2011 der Betrieb aufgenommen werden konnte.

**Jetzt wird die Deutsche Telekom einen Ausbau des Standortes auf einem Grundstück an der Sürther Straße vornehmen, der weitere 200 Arbeitsplätze in Brühl entstehen lässt. Wiederum ein schöner Erfolg unserer Wirtschaftsförderer.**

**Sehr bedauerlich hingegen ist, dass die Unternehmenszentrale der Renault Trucks Deutschland GmbH ihren Standort in Brühl im Rahmen der Umstrukturierung der Volvo Gruppe schließen wird.** Zu meiner Enttäuschung habe ich dies der Presse entnehmen müssen - die Geschäftsführung hat es offensichtlich nicht für notwendig erachtet, den Bürgermeister über derartige Unternehmensentscheidungen persönlich zu informieren. Mit der Standortschließung verbunden ist der Abbau der dortigen Arbeitsplätze. 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hiervon betroffen. Der Wegfall dieser Arbeitsplätze trifft die Stadt Brühl und den gesamten Rhein-Erft-Kreis, denn betroffen sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus vielen Städten im Kreisgebiet. **Ich hoffe sehr, dass die Betroffenen aufgefangen werden können und dass der Abbau der Arbeitsplätze sozialverträglich passiert.**

**Unabhängig davon habe ich sowohl die Geschäftsführung als auch den Betriebsrat der Renault Trucks Deutschland GmbH angeschrieben und einen Informationsaustausch über das weitere Vorgehen angeregt. Schließlich ist Brühl von der Schließung betroffen und mir als Bürgermeister dieser Stadt liegen besonders die Menschen am Herzen, die jetzt vor der Arbeitslosigkeit stehen.**

Renault Trucks hat zwar nicht wirklich aussagekräftig auf mein Schreiben reagiert, jedoch immerhin mein Angebot eines persönlichen Austausches angenommen.

Meine Damen und Herren,

die **Bestandspflege hier ansässiger Unternehmen** bleibt selbstverständlich ebenfalls eine der vordringlichen Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Der derzeit schon intensive Austausch mit den Unternehmen wird durch Veranstaltungsreihen und einzelne Workshops weiterhin verfestigt. Die Veranstaltungen werden zugeschnitten und durchgeführt in enger Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen, Verbänden wie bspw. der IHK und anderen Institutionen wie bspw. der Europäischen Fachhochschule.

In den vergangenen Jahren hat die Anzahl der **Existenzgründungen** auch **in Brühl zugenommen**. Diese positive Entwicklung gilt es in Brühl und für Brühl weiterhin zu unterstützen. Ziel und Aufgabe ist es dabei aber nicht, die Zahl der Existenzgründerseminare in der Region weiterhin und inflationär zu erhöhen oder in einen Wettbewerb mit privaten Beratungsunternehmen zu treten. Viel wichtiger ist es aus meiner Sicht, den Unternehmen, die sich in der Phase der Existenzsicherung befinden, entsprechende Beratungsangebote zukommen zu lassen. Oftmals werden Existenzgründerinnen und –gründer in dieser für das Unternehmen wichtigsten Zeit alleine gelassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

**Energie und Klimaschutz als Standortfaktor gewinnen zunehmend an Bedeutung.** Die Energiewende stellt insoweit für alle kommunalen Akteure eine große Herausforderung dar. Entsprechende Handlungsoptionen werden hier von der örtlichen Wirtschaftsförderung nicht nur erwartet, sondern bereits erarbeitet. Eine erfolgreiche Umweltpolitik setzt auf die aktive Mitwirkung und den Dialog aller Akteure. Ziel der Brühler Wirtschaftsförderung ist es daher, einen engen Dialog mit den Praktikern vor Ort zu erarbeiten, Beratungsaktivitäten zu fördern, eine stärkere Unterstützung des Wissenstransfers sowie eine intensive Vernetzung der Akteure vor Ort.

Untrennbar mit dem Bereich Wirtschaft verbunden ist die **Zukunft des Phantasialandes**. Nach gut zehn Jahre andauerndem Verfahren ist nun endlich beim Thema Phantasialand ein **Ergebnis greifbar**. Das Phantasialand hat dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung Köln zugestimmt, der lediglich eine Erweiterung des Freizeitparks um etwa 19 Hektar vorsieht. Der Regionalrat hat der „abgespeckten“ Erweiterung zugestimmt

Aus wirtschaftlicher Sicht macht eine Entwicklung des Phantasialandes nicht nur Sinn, sondern ist betriebswirtschaftlich notwendig, um das Unternehmen mit neuem Tagungs- und

Hotelbereich und aktuellen und zeitgemäßen Attraktionen als Kurzurlaubsziel weiter und konkurrenzfähig etablieren kann. **Das Unternehmen macht damit einen deutlichen Schritt nach vorne und wird im Wettbewerb mit anderen Parks wieder an Stärke gewinnen können.** Welche Bedeutung das Phantasialand für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tourismus in Brühl und Umgebung hat, ist hinlänglich bekannt und wird auch nicht wirklich bestritten. **Eine Attraktivitätssteigerung des Phantasialandes bedeutet im Endeffekt die Bewahrung und Vermehrung von Arbeitsplätzen in ihm selbst sowie bei den Zulieferern in Brühl und der Region und zudem vermehrt Kaufkraft in unserer Stadt.**

Dass es dabei zu einem vernünftigen Ausgleich des Eingriffes in die Natur kommen muss und auch kommen wird, ist für mich ebenso selbstverständlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Brühl bietet nicht mehr viele **Gewerbeflächen**, zumal unsere Stadt nicht über die sog. „Grüne Wiese“ verfügt wie so manche Nachbarkommune. Für das Gewerbegebiet Brühl-Ost hat der Planungsausschuss in seiner Sitzung am 31.01.2013 einstimmig beschlossen, im Zuge des Bebauungsplanverfahrens die Ansiedlung des Möbelmarktes Boss und des Heimtextilmarktes nicht mehr weiter zu verfolgen. **Ich begrüße diese Entscheidung ganz im Sinne des Schutzes und der Stärkung der Geschäfte in der Innenstadt. Wie keine andere Stadt verfügt Brühl noch über viele Fachgeschäfte in der Innenstadt und bei möglichen Leerständen ist meist schnell ein neuer Mieter mit einer neuen Geschäftsidee zur Stelle - das soll auch so bleiben. Und im Gewerbegebiet sollte es so sein, dass dort klassische Gewerbebetriebe anstelle von Läden und Fachmärkten angesiedelt werden. Hier hoffe ich um das entsprechende Bemühen des Grundstückseigentümers.**

## **Wochenmarkt**

Meine Damen und Herren,

wie bereits zuvor erwähnt, beginnen Ende dieses bzw. Anfang nächsten Jahres die **Umbaumaßnahmen auf dem Balthasar Neumann Platz**. Besonders davon betroffen sein wird der dreimal wöchentlich bisher dort stattfindende Wochenmarkt. Bis zum Beginn der Baumaßnahmen wird ein geeigneter Standort für den Wochenmarkt gefunden werden. Dies hängt letztlich davon ab, wie die Bauphasen verlaufen und wo die Baustelleneinrichtung erfolgen wird. Sobald die Planung hierzu weiter fortgeschritten ist, können alle Möglichkeiten in der Nähe des Balthasar-Neumann-Platzes geprüft werden. **Wichtig ist mir hierbei - und das habe ich den Marktbeschickern versprochen -, dass der Wochenmarkt so nah wie**

**möglich am alten Standort gehalten wird, damit so viel Laufkundschaft wie möglich den Markt findet und erreicht.** Die Marktbetreiber wurden von mir bereits im Dezember des vergangenen Jahres mit einem Anschreiben über die Baumaßnahmen und die geplante vorübergehende Standortveränderung informiert und werden auch zukünftig weiter auf dem Laufenden gehalten.

Damit die Marktbetreiber, die ohnehin durch die Verlagerung des Marktes beeinträchtigt sind, Brühl nicht auch noch ganz fernbleiben, werde ich die **Marktgebühren** für den Zeitraum des Standortwechsels **halbieren**. Darüber hinaus kann ich ihnen versprechen, dass sie nach Abschluss der Baumaßnahme einen attraktiven Standort vorfinden werden.

## **9. Kultur, Tourismus**

Meine Damen und Herren, liebe Ratsmitglieder,

ein Gemeinwesen, wie es die Kommune darstellt, wird sich für die Zukunft nur dann erfolgreich aufstellen können, wenn außer seiner energetisch-ökologischen Ausrichtung auch die sogenannten **weichen Standortfaktoren** wie Sport und Kultur angemessen Berücksichtigung finden.

Wie in jeder Haushaltsrede ist es mir auch dieses Mal ein Anliegen, die **Wichtigkeit des Faktors „Kultur“** für unsere Stadt zu betonen. Ein im Rahmen von Haushaltskonsolidierung - meines Erachtens fälschlicherweise - immer wieder gern zuerst genannter Bereich stellt die Kulturpolitik dar. Unsere **kulturellen Aktivitäten** unterscheiden uns positiv von anderen Städten der Region und haben uns überregional Bekanntheit verschafft. Das muss aus meiner Sicht auch in Zukunft so bleiben, wenn wir dieses **Alleinstellungsmerkmal**, das gerade auch aus touristischer Sicht unverpfändbar ist, nicht verlieren wollen. Zugezogene junge Familien bestätigen mir immer wieder, dass gerade das reichhaltige Kulturangebot hier vor Ort ein Grund für ihre Wohnsitznahme in Brühl war. Die Verantwortung für die Kultur wird auch in Zukunft ein wichtiger Faktor für unsere Stadt sein.

In Brühl haben wir frühzeitig die Notwendigkeit einer gesicherten und dauerhaften Finanzierung kultureller Anlässe erkannt und mit der **Kulturstiftung für die Stadt Brühl** dafür einen entsprechenden Rahmen gegeben. Nach Konzipierung und Institutionalisierung gilt es nunmehr, die Stiftung durch Akquise zusätzlicher Stiftungsgelder in die Lage zu versetzen, sukzessiv Aufgaben aus dem Bereich Kultur eigenverantwortlich zu übernehmen und so mittel- bis langfristig den städtischen Haushalt dauerhaft zu entlasten und das kulturelle Leben in Brühl, um das uns so viele beneiden, zu sichern. Zu diesem Zweck ist ein

„**Verein der Freunde und Förderer der Kulturstiftung für die Stadt Brühl**“ in Gründung, der mit seinen Mitgliedsbeiträgen und deren jährlicher Ausschüttung zweckgebunden zur Erhöhung des Stammkapitals dauerhaft zur Sicherung der Stiftung beitragen wird. Namhafte Brühler Bürger haben bereits ihr Interesse bekundet, für ihre Stadt die Kulturstiftung auf diese Weise mit einem jährlichen Betrag zu unterstützen.

Ein wunderbares Projekt, welches hervorragend in die Kulturlandschaft der Stadt Brühl passt, ist - nach seiner Grundsanierung, Erweiterung und Umnutzung - das Geburtshaus von Max Ernst in der Schlossstraße – das heutige Fantasielabor.

Die offizielle Einweihung wurde mit der Öffnung des Bauwerks für die breite Öffentlichkeit am 01.07.2012 gefeiert. Und dass dies geschehen konnte, ist vor allen Dingen der katholischen Kirche zu verdanken. Als Inhaberin des ursprünglichen „Hauses Erven“ hat sie nach Jahrzehnten der ausschließlich privaten Nutzung als Wohnsitz des Schlosskirchengeistlichen Oberpfarrer Philipp Lehnen allen Verführungen einer lukrativen Veräußerung der Premium-Lage wider- und darauf bestanden, dass der neue Eigentümer eine öffentliche Nutzung des Hauses herbeiführt. Dafür bin ich der Pfarrei Sankt Maria von den Engeln sehr dankbar.

Die getätigten Investitionen scheinen auf den ersten Blick nur eine Investition in eine Denkmalsubstanz zu sein. Doch dies ist viel mehr: **Es ist eine hoch willkommene Anlage in die Kulturlandschaft unserer Stadt und damit auch eine Förderung des Brühl-Tourismus.**

Vor allem aber ist es ein **Investment in den sicherlich besten Zukunftsfonds der Welt:** In den Erfindungsreichtum unserer Kinder und der daraus hervorgehenden schönsten Rendite der Welt – ihre Sensibilisierung dafür, genau hinsehen zu können und befähigt zu werden zu unkonventionellen Problemlösungen in Gemeinschaft stiftendem Spiel, in Lachen und dem Erkennen einer Welt hinter der Sichtbaren. Mit dem Geburtshaus von Max Ernst ist ein würdiger Ort für Museumspädagogik gefunden worden.

Neben der Weiterentwicklung der erfolgreichen Tourismusförderungsmaßnahmen, welche im Verlauf der vergangenen zwölf Jahre zu einer Verfünfachung von knapp 75.000 auf **392.492 Übernachtungen** in Brühl (**ohne Übernacht. von bis zu 9 Betten**) – so die aktuelle Angabe des Informationssystem Tourismus NRW vom 20.02. dieses Jahres nach Zahlen des Statistischen Landesamtes - geführt hat, steht im neuen Haushaltsjahr die Aktualisierung und Erweiterung des im Jahre 2008 installierten **touristischen Wegeleitsystems** im Vordergrund der Bemühungen. Hier gilt es jetzt zu aktualisieren und Neuerungen einzupflegen – möglicherweise auch nach dem neuesten Stand mit QR-Codes aufzurüsten – damit sich die vielen Touristen, aber auch die Ortsunkundigen aus Brühl und Umgebung weiterhin gut zurechtfinden.

**Jeder Gast**, meine Damen und Herren, sei er ein Übernachtungsgast oder auch „nur“ ein Tagesbesucher, **ist für unsere Stadt von großer wirtschaftlicher Bedeutung**, sei es durch die getätigten Einkäufe, durch den Verzehr in der Gastronomie oder durch die Übernachtung selbst. Ich appelliere deshalb an dieser Stelle an den Brühler Einzelhandel und auch die Gastronomie, sich mit Ideenreichtum und Kreativität diesem Potential zu widmen und das eigene Angebot entsprechend anzupassen. Immerhin lässt der **Tagestourist** durchschnittlich fast **34.- Euro** und der **Übernachtungsgast rund 130.- Euro** in unserer Stadt – Grund genug, daran partizipieren zu wollen.

Der oft zitierte demografische Wandel wird dazu führen, dass immer mehr **kaufkräftige und konsumbereite ältere Menschen touristische Destinationen im Inland aufsuchen**. D.h. es wird künftig einen zunehmenden Wettbewerb der Kommunen untereinander um die ältere Generation an Gästen geben. Diesem Trend müssen wir einen **generationenfreundlichen Tourismus** entgegensetzen. Wichtig hierbei sind auch Maßnahmen wie der Umbau von Bushaltestellen zu barrierefreien Haltepunkten, um älteren und/oder behinderten Menschen innerhalb unseres Stadtgebietes uneingeschränkte Mobilität zu ermöglichen.

Für die Lebensqualität in und somit die Zukunftsfähigkeit von Brühl bedeutsam ist ebenfalls das hiesige **Sportangebot**, das allerdings schon einen hohen Standard besitzt, so dass bei unserem Angebot kaum Wünsche offen bleiben.

Neben vielen gängigen Sportarten denke ich in diesem Zusammenhang beispielsweise an den **Kletterwald am Wasserturm** oder den **Kletterturm „Via Ferrata“ in der Kurfürstenstraße**. Unsere Investitionen in die Sportstätten wie die **Kunstrasenplätze**, das **Stadion** oder das **BTV-Sportzentrum** sind in der Region einmalig.

Das renovierungsbedürftige **Sportschwimmbcken in unserem Karlsbad** konnte im vergangenen Jahr für 1,25 Millionen Euro saniert werden - der Umbau hat nur drei Monate gedauert. Zwei insgesamt 21 Tonnen schwere Edelstahlbecken und 25 Unterwasser-LED-Scheinwerfer wurden eingebaut, neue Ein- und Drei-Meter-Sprungtürme aufgestellt, 160 Meter Beckenüberlauf mit einer Edelstahl-Überlauftrinne erneuert, 500 Quadratmeter neue Bodenfliesen verlegt und eine 150 Meter lange Edelstahl-Schlitzrinne verlegt.

Unsere Stadt verfügt nun über ein attraktives Bad - außen wie innen -, welches die rund 300.000 Besucher jährlich zum Schwimmen und Saunieren einlädt.

Mit Erwerb des **MP-Sportzentrums** wird der BTV für die eigenen Kurse drei der fünf Tennisplätze umnutzen, so dass zukünftig für die Vereine **nicht mehr genügend Hallenplätze** zur Verfügung stehen. Die Vereine brauchen für diesen Fall dringend Ersatz. Ich schlage vor, den betroffenen Vereinen im Gewerbegebiet im Brühler Norden eine Fläche

zu veräußern. **Allerdings kommt aus meiner Sicht eine reine Tennishalle, die nur den Vereinen zur Verfügung steht, nicht in Frage. Wir müssen daher Betreiber finden, die über die Tennisplätze hinaus weitere Angebote wie z.B. eine Kletterwand oder Soccer-Plätze mit anbieten können. Dies würde das Sport- und Freizeitangebot in Brühl weiter verbessern.**

## **Stadtbücherei**

Verehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

**die Stadt Brühl nimmt in einem Verbundsystem mit den Stadtbibliotheken Bergheim, Elsdorf, Frechen, Pulheim und ergänzt durch die Stadtbibliothek Euskirchen an der Einführung der digitalen Bücherausleihe teil.** Diese digitale Ausleihform wird erstmalig mit Landesmitteln gefördert. Hier erfolgt eine 60%ige Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Bei einer Gesamtfördersumme von ca. 90.000,- € bei den beteiligten Städten beträgt der Eigenanteil für alle sechs teilnehmenden Bibliotheken 36.000,- €. Die Stadt Brühl muss hier anteilige Mittel in Höhe von 6.000 € zur Verfügung stellen. Durch das in starker Veränderung befindliche Medienverhalten und die technische Verbreitung und Weiterentwicklung der sogenannten „eBook-Reader“, gibt es seit einiger Zeit eine starke Nachfrage nach elektronischen Büchern.

Nach dem erfolgten Projektstart können dann erstmalig so genannte „digitale eBooks“, „ePaper“ und „eAudios“ aus dem Internet von den Bibliotheksnutzerinnen und Nutzern auf die eigenen eBook-Reader oder auf andere mobile Endgeräte (Smartphones, Tablet-PCs, etc.) heruntergeladen und im Anschluss daran gelesen werden. Bedingt durch das auch im digitalen Bereich geltende Urheberrecht, müssen Ausleihrechte erworben und die Verbreitung der Literatur gegen unrechtmäßige Verbreitung geschützt werden. Dies übernehmen im Rahmen des Gesamtprojektes Service-Firmen für alle teilnehmenden Bibliotheken und stellen hierzu Verleih-Lizenzen zur Verfügung.

Die digitale Fernausleihe stellt grundsätzlich keine Konkurrenz zur physischen Bibliothek dar, sondern ist eine zukunftsgerichtete Ergänzung des Bibliotheksbestandes. Der Start dieses zukunftsweisenden Projektes erfolgt mit einem Medienerstbestand von ca. 4.000 Titeln, die dann gleichermaßen von allen teilnehmenden Kommunen als dauerhafte Ergänzung des vorhandenen Medienbestandes angeboten werden.

**Der digitale Medienbestand steht somit nach dem Start des interkommunalen Landesprojektes 24 Stunden am Tag und an 7 Tagen die Woche zur Verfügung. Dies führt bei der Stadtbücherei Brühl nicht nur zu einem Imagegewinn und zu neuen**

**Zielgruppen, sondern schafft zudem ein erweitertes Medienangebot ohne zusätzlichen Platzbedarf.**

### **Max Ernst Stipendium**

Meine Damen und Herren,

**Spitzenleistungen verdienen eine Spitzenförderung!** In vertrauensvollen Gesprächen mit der Max Ernst Gesellschaft e.V. und weiteren Sponsoren ist es gelungen, ab dem Jahr 2014 eine **Erhöhung des Preisgeldes für das Max-Ernst-Stipendium der Stadt Brühl von derzeit 5.000 EUR auf dann 10.000 EUR** zu erreichen. **Der städtische Anteil von jetzt 2.500 EUR bleibt dabei erhalten, die Erhöhung wird ausschließlich über Drittmittel sichergestellt.** Mit diesem Schritt wird die Wertigkeit des nun seit 43 Jahren in ungebrochener jährlicher Folge von der Stadt Brühl ausgelobten Preises deutlich erhöht. Hierbei folgt die Stadt der dringenden Handlungsempfehlung der Fachjury, die bereits seit Jahren durch die Anhebung des **Preisgeldes auf das Niveau anderer national bedeutsamer Kunstpreise** Anreize für fortgeschrittenere Teilnehmerinnen und Teilnehmer schaffen und auf eine allgemeine Qualitätssteigerung der Wettbewerbseinreichungen hinwirken möchte.

### **Will-Küpper-Sammlung**

Im Jahr 2001 übernahm die Stadt Brühl den Nachlass des 1972 verstorbenen Künstlers von dessen Witwe Käte Küpper und bearbeitet seitdem wissenschaftlich die Sammlung von über 100 Ölgemälden und etwa 1300 Zeichnungen. Der Gesamtversicherungswert der Sammlung beläuft sich auf ca. 1,3 Mio. €.

Einige Schenkungen von Privatsammlern haben weiterhin zu einem kontinuierlichen Anwachsen der Will-Küpper-Sammlung der Stadt Brühl geführt. Bis zum 20.12.2012 wurde die Sammlung in einem Büroraum der Kunst- und Musikschule aufbewahrt. Aufgrund der äußerst begrenzten Lagerfläche und von konservatorischen sowie versicherungsrechtlichen Vorgaben, musste ein neuer Aufbewahrungsort für diese Kunstsammlung gefunden werden.

**Das in den Räumlichkeiten der KGS Barbara befindliche Stadtarchiv wird um die komplette Will-Küpper-Sammlung erweitert werden. Hierzu werden zur Jahresmitte 2013 umfangreiche Umbautätigkeiten im Stadtarchiv durchgeführt.**



**Diese beinhalten auch die Modernisierung der Brandschutz- und Einbruchsmeldeanlage für das gesamte Stadtarchiv. Die Gesamtkosten sind auf 60.000€ veranschlagt. Mit dieser Maßnahme erhält nicht nur die Will-Küppersammlung eine optimale Unterbringung, sondern auch das Stadtarchiv als „Gedächtnis der Stadt“ erfährt eine deutliche Aufwertung.**

Nach den zwingend notwendigen Umbaumaßnahmen, werden alle konservatorischen und versicherungstechnischen Vorgaben zur Aufbewahrung dieser Kunstsammlung erfüllt. **Weiterhin kann die umfangreiche Sammlung zudem viel stärker als bisher einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.**

**Bis zum Abschluss aller erforderlichen Bautätigkeiten in der ersten Jahreshälfte 2014, wurde die gesamte Sammlung in ein professionelles Kunstlagerdepot überführt.**

## **Kunst- und Musikschule**

Meine Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

unsere Kunst- und Musikschule stellt, wie immer wieder in Gesprächen mit Neubürgerinnen und Neubürgern festzustellen ist, einen wichtigen weichen Standortfaktor für unsere Stadt dar. Dies kommt nicht von ungefähr. Die KUMS bietet ihren Schülerinnen und Schülern eine künstlerisch-musische Bildung und Ausbildung auf höchstem Niveau und ist eben deshalb für die Stadt Brühl auch äußerst imagefördernd. Es ist mir ein Anliegen, hierfür den Kolleginnen und Kollegen der KUMS herzlich zu danken. Sie sind der Garant dieser unserer Einrichtung.

**Seit letztem Jahr besitzt die KUMS in Bernhard Löffler einen neuen Leiter.** Er hat sich zum Ziel gesetzt, das Angebot der KUMS zu pflegen und behutsam weiter auszubauen, um mit neuen Ideen neue Interessentenschichten anzusprechen, diese zu generieren und damit die KUMS für die Zukunft noch breiter aufzustellen.

**So soll in diesem Jahr ein sogenannter „Musikgarten“ für Kinder ab 15 Monaten bis 3 Jahre eingerichtet werden, Mama- (Papa-, Oma-, Opa-) und Kind-Kurse, in denen die Kleinen erste pädagogisch-spielerische Erfahrungen mit Klang, Rhythmus, Melodie und Harmonie machen können. Als Äquivalent auf der Kunstseite fungiert der ebenfalls neu einzurichtende „Kunstgarten“, der für die Kleinen gleichen Alters erste entsprechende Erfahrungen mit Malen, Farben und Gegenständen bereit hält.**

Beide Kurse sollen in Zusammenarbeit mit Kindergärten und Kindertagesstätten in den jeweiligen Einrichtungen stattfinden.

Hinzu kommt als neue Einrichtung nach Art einer Singschule ein **Kinderchor**, in entsprechende Altersstufen gegliedert, der zusammen mit den beiden Kursen einen optimaler Übergang zum Jeki-Unterricht darstellt und als dessen Vorstufe dient.

Mit diesen Angeboten, meine Damen und Herren, zunehmend ausgeweitetem Grundschulangebot für Jeki und Übernahme des Jeki-Grundgedankens an unsere weiterführenden Schulen – und ich weiß, dass es hier ernsthafte Überlegungen gibt - kann es uns in Brühl gelingen, eine vollumfängliche künstlerisch-musische Bildung aller unserer Kinder und Jugendlichen zu erreichen – welche eine Perspektive für Kinder, Eltern und unsere Stadt. Das, was an der Barbara-Schule im Jahre 2008 begann, ist heute im Begriff, in einem gewissen Sinne stadtbildprägend zu sein. Ein Projekt, das im umfassenden Sinne integrativ ist und hilft, Hemmschwellen abzubauen, allen Schülern kulturelle Bildung zu ermöglichen, die Persönlichkeitsentwicklung positiv zu befruchten und Teamfähigkeit zu fördern.

Allen, die dazu beigetragen haben, danke ich sehr herzlich.

Doch,

meine Damen und Herren,

unsere **KUMS** versteht sich nicht nur als Anzebotspartner für Kinder und Jugendliche. Schon heute nehmen etliche Erwachsene Unterricht dort wahr. **Zukünftig sollen aber auch insbesondere Senioren angesprochen und für entsprechende Workshop-Angebote interessiert werden.**

In **Kooperation mit Seniorenheimen** wird ein Konzept unter dem Überbegriff „**Musik im Alter**“ erarbeitet. Dabei steht die **Musikvermittlung sowohl als Workshop zum Mitmachen als auch als eine eigene Konzertreihe im Mittelpunkt des Konzeptes**. Ab April soll dieses Projekt im Johannesstift starten, weitere sind intendiert.

Diese **musikgeragogische Arbeit** geht von der Annahme aus, dass **musikalische Bildung zu einer Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen** beitragen kann. Diese Annahme ist völlig **schichten- und persönlichkeitsneutral**. Auf jeden Fall bietet dieses Angebot für Senioren beispielsweise eine gute Möglichkeit, aufgrund des gemeinsamen

Hobbys neue Bekanntschaften zu schließen und einer Vereinsamung im Alter entgegenzutreten.

Dass ein solches Angebot zudem insbesondere **Menschen mit dementiellen Syndromen**, denen es aufgrund ihrer kognitiven Beeinträchtigungen an Ausdrucksmöglichkeiten mangelt, zugutekommen kann, stellt einen weiteren wichtigen und nicht zu vernachlässigenden Aspekt dar. **Aktives Musizieren kann als Instrument der Biographie-Arbeit sowie als Ausdrucksmittel dienen, diesen Mangel zu beheben.** Aber auch für Angehörige bietet Musik Gelegenheit, fernab der belastenden Pflegesituation mit den Betroffenen in Kontakt zu treten.

## **10. Feuerwehr**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Die Stadt Brühl braucht, wie Sie alle wissen, eine neue Feuerwache. Die Stadt kann nach den rechtlichen Bedingungen der Landesregierung nicht alle Bereiche im Stadtgebiet in der vorgesehenen Zeit mit Rettungskräften erreichen. Die Untersuchungen zur Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes haben ergeben, dass Randbereiche im Brühler Süden und in Vochem nicht in der gebotenen Hilfsfrist durch unsere Wehr erreicht werden können. Der mit der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes beauftragte Gutachter zeigt letztlich lediglich eine Lösungsmöglichkeit auf, wie die gesetzlich normierte Hilfsfrist eingehalten werden kann: **Der Bau einer neuen Feuerwache an einem zentral gelegenen Standort.**

Die Feuerwehr muss mit der 1. Eintreffzeit nach den geltenden Regeln in acht Minuten den Einsatzort erreichen. Das gilt für das Ziel Birkhof genauso wie für Brühl-Heide oder das Stadion in Vochem. Unsere Wehr schafft dies vom jetzigen am östlichen Ortsrand gelegenen Standort nicht. Zudem haben die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr einen langen Anfahrtsweg zur Rheinstraße, bevor sie von dort aus zum Einsatz starten können.

In der aktuellen Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Brandschutz empfiehlt der Gutachter nach Prüfung etlicher Standorte die Verlegung der städtischen Feuerwache von der Rheinstraße in das Stadtzentrum. Auf einer Grünfläche in der Nähe der Kreuzung Römerstraße/Liblarer Straße, unterhalb des Johannisstifts, könnte die neue Wache für die hauptamtliche und freiwillige Feuerwehr auf einer Fläche von etwa 7000 Quadratmetern entstehen. Ein- und Ausfahrt sollen an der Römerstraße liegen. Alle notwendigen Gutachten hierzu sind vergeben. Wir warten dementsprechend auf erste Ergebnisse.

Ausgaben von insgesamt 18 Millionen Euro sind im Etat der Stadt in einem Fünf-Jahres-Finanzplan einkalkuliert. Damit ist die **Maßnahme haushalterisch finanziert**. Mit den Kostenträgern im Gesundheitswesen wird noch zu verhandeln sein, wie hoch eine Beteiligung für den Anteil des Rettungsdienstes sein wird. Zudem haben wir nach einem Umzug der Feuerwehr die Möglichkeit, das Areal an der Rheinstraße frei zu vermarkten und so einen Beitrag zu den Investitionskosten zu generieren.

**Ich hoffe, dass Brühl in drei bis fünf Jahren eine neue Feuerwache besitzen wird, die jeder Bürgerin und jedem Bürger, egal an welchem Brühler Wohn- oder Arbeitsort, die gleiche Sicherheit gewährleistet.**

### **Gratifikationsmodell**

Um den ehrenamtlichen Mitgliedern unserer Feuerwehr einen **zusätzlichen Anreiz für den Verbleib und die aktive Mitarbeit in unserer Brühler Freiwilligen Feuerwehr** zu geben, haben wir die Voraussetzungen für eine „Feuerwehrrrente“ geschaffen.

Im Rahmen der intensiven Arbeiten an der Umsetzung des Vorhabens unter Einbeziehung der Betroffenen hat sich herausgestellt, dass der effektivste Anreiz, sich langfristig an die Brühler Feuerwehr zu binden, in einem **Gratifikationsmodell** gesehen wird, das nunmehr umgesetzt werden soll.

**Demnach zahlt die Stadt an jeden freiwilligen Feuerwehrmann bzw. –frau über eine Laufzeit von 35 Jahren einen Gesamtbetrag von brutto rund 10.000 Euro, das sind nach Steuern – in Abhängigkeit von der individuellen Besteuerung - immer noch ca. 7.000 Euro netto.**

Die Teilbeträge werden in immer größer werdenden Schritten alle 5 Jahre ausbezahlt. **Das hat unter Anderem folgende Vorteile:**

- Auch wer nicht bis zur letzten Rate durchhält und aus welchem Grunde auch immer aus der Freiwilligen Feuerwehr Brühl ausscheidet, hat bis dahin bereits die Anerkennung für seine geleistete Arbeit erhalten – beim ursprünglich geplanten Rentenmodell würden die bis dahin erworbenen Ansprüche verloren gehen.
- Gerade **für die vielen jungen Mitglieder** bei der freiwilligen Feuerwehr Brühl bedeutet das Gratifikationsmodell einen deutlichen Vorteil, denn es gibt **die ersten Teilbeträge bereits in jungen Jahren zu einem Zeitpunkt, in dem man jeden Cent und erst recht jeden Euro gut gebrauchen kann.**

- Auch Späteinsteiger, die nicht auf 35 Jahre Mitgliedschaft bei der freiwilligen Feuerwehr kommen, profitieren vom **Gratifikationsmodell**, denn auch eine kürzere Mitgliedschaft wird belohnt.
- **Durch die Laufzeit über 35 Jahre** – das entspricht der durchschnittlichen Mitgliedschaft in einer Freiwilligen Feuerwehr (die Zeiten in der Jugendfeuerwehr NICHT mitgerechnet!) **entsteht zudem die gewünschte Bindungswirkung gerade an die Brühler Freiwillige Feuerwehr**

**Und damit sich keine „Karteileichen“ in das Gratifikationsmodell einschleichen**, die nur des Gratifikationsmodells wegen Mitglied in der Feuerwehr bleiben, wurden unter Beteiligung von Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr zusätzlich zu der reinen Mitgliedschaft in der Brühler Feuerwehr einige wenige, aber dafür greifbare Bedingungen festgelegt, die erfüllt sein müssen, damit die Mitgliedsjahre auch tatsächlich angerechnet werden können.

Das ist wichtig und nötig, um Neid und Missgunst von vornherein auszuschließen, denn nur wer regelmäßig mitmacht, soll auch belohnt werden.

### **Servicestelle Feuerwehr**

Mit Einführung der 48-Stunden-Woche für die Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes bzw. Auslaufen der übergangsweisen „Opt-Out-Regelung“ steigen der Personalbedarf und die damit verbundenen Kosten deutlich an. Zur teilweisen Kompensation des Personalbedarfes habe ich auch die Verwendung der personellen Ressourcen geprüft und hierbei festgestellt, dass ich auf die Mitarbeiter, die bislang die Servicestelle bedienen, im abwehrenden Brandschutz zukünftig nicht verzichten kann.

Zum 31.12.2013 wird daher die Servicestelle bei der Feuerwache aufgelöst. Seitens der Stadt Brühl wurden die mit den Stadtwerken Brühl und der Stadt Wesseling geschlossenen Serviceverträge gekündigt. Die bisher auf der Servicestelle wahrgenommenen Aufgaben innerhalb der Feuerwache werden innerhalb der Feuerwehr umorganisiert. Die Anrufbeantworterfunktion für die Stadtverwaltung, welche außerhalb der Kernarbeitszeit zur Verfügung steht, wird automatisiert. Für die Gefahrenmeldeanlagen, die noch bis zum 31.12.2013 auf die Servicestelle geschaltet sind, wird durch die Gebausie ein neuer Vertragspartner gesucht. **Gerechnete Ersparnis: ca. 68.000 Euro jährlich**

## 11. Ehrenamt / Integrationslotsen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ehrenamt ist nicht nur der Einsatz von Zeit und Arbeitskraft, die investiert werden, es zeichnet sich auch dadurch aus, dass es unentgeltlich erbracht wird. Am 19.02.2013 habe ich mich in einer kleinen Feierstunde bei den **Integrationslotsinnen und –lotsen**, denen ich am 20.12.2011 ihre Abschlusszertifikate überreichen durfte, für ihre bisherige Arbeit und ihre Unterstützung für die Stadt Brühl bedankt. Nach einer intensiven Ausbildungszeit haben sie alle seit über einem Jahr einen Teil ihrer Freizeit und ihrer Kraft in die Unterstützung, Beratung und Begleitung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund investiert. Sie stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite und meistern mit ihnen gemeinsam die eine oder andere Hürde. Sie haben im vergangenen Jahr als Integrationslotsinnen und -lotsen mit viel Engagement und Enthusiasmus das Vorhaben der Stadt Brühl unterstützt, die Integration in unserer Stadt weiter voranzutreiben und nachhaltig zu verbessern.

Unsere Integrationslotsinnen und Integrationslotsen und Ihre gute und hilfreiche Arbeit sind mittlerweile so bekannt, dass sie im Rahmen Ihres ehrenamtlichen Angebotes voll ausgelastet sind. Anfragen nach Hilfe und Unterstützung müssen heute bereits verschoben, wenn nicht sogar abgesagt werden. Dazu tragen sicherlich auch die Umstände in dem ein oder anderen europäischen Nachbarland bei, was zu verstärktem Zuzug von Neubürgern auch nach Brühl führt. Ich habe mich daher dazu entschlossen, **im Jahr 2013** in bewährter Zusammenarbeit mit unseren Partnern der der Arbeiterwohlfahrt Kerpen und der VHS in Brühl eine **weitere Lotsenschulung** anzubieten. Ich erhoffe mir, so die Zahl zukünftig in Brühl tätiger Integrationslotsen zu vergrößern.

## 12. Demografischer Wandel

Meine Damen und Herren,

ein weiteres Thema, welches nicht nur Brühl beschäftigt, ist der demografische Wandel. Der demographische Wandel wird neben der Energiewende im nächsten Jahrzehnt das zentrale Großprojekt unseres Landes sein.

Durch den demographischen Wandel, der weiterhin eine Zunahme der über 60-Jährigen bedeutet und gleichzeitig einen Rückgang der Anzahl der Erwerbstätigen mit sich bringt, stellt sich die Frage, wie eine angemessene Versorgung der älteren Menschen sicherzustellen ist. Immer länger wird eine große Anzahl von Menschen in der so genannten nachberuflichen Phase leben, welches historisch gesehen ein neues Phänomen ist.

Gleichwohl verändern sich auch die familiären Strukturen, was in vielen Fällen bedeutet, dass eine Familie ihre hilfsbedürftigen Angehörigen nicht mehr selbst pflegen kann. Auf Grund der gesundheitspolitischen und gesellschaftlichen Veränderungen und der „Alterung der Gesellschaft“ werden sämtliche **Einrichtungen im Altenpflegebereich vor immer neue Herausforderungen** gestellt.

Erst im Oktober des vergangenen Jahres feierten wir die Einweihung der neuen Tagespflege-Einrichtung im **Altenzentrum Johannesstift**. Das Johannesstift leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Versorgung hilfsbedürftiger Menschen hier in Brühl und ihrem Verbleib in der eigenen Wohnung.

Meine Damen und Herren,

es warten nicht nur im Gesundheitssystem, sondern auch in der Wohnungspolitik neue Herausforderungen. Jene Wohnformen, die altengerechtes Wohnen ermöglichen, müssen aufgrund der Bevölkerungsentwicklung vermehrt errichtet werden. Das Bedürfnis der älteren Menschen, möglichst lange in der gewohnten Umgebung zu wohnen, ist mit dem Bedürfnis nach einer **eigenständigen und selbstbestimmten Lebensführung** verbunden. Zusätzlich ist durch eine entsprechende Gestaltung der Wohnumgebung einer Vereinsamung im höheren Alter entgegenzuwirken.

Das Altenzentrum Johannesstift ist mit seinen beiden Einrichtungen der stationären Altenhilfe, Pfarrer-Paul-Schiffarth-Haus und Dechant-Güttler-Haus, und der neuen Tagespflege mit 12 Plätzen in Brühl gut aufgestellt. Ebenfalls sorgen auch die **Seniorenresidenz Brühl** sowie das **Seniorenwohnheim Wetterstein** dafür, dass ältere Menschen in Brühl gut untergebracht und versorgt sind. Die Seniorenresidenz bietet sowohl komfortables Wohnen im eigenen Apartment, eingebunden im städtischen Leben mit dem Maß an Unterstützung, wie es die individuelle Lebenssituation erfordert, aber auch mit der Pflegestation die Möglichkeit, pflegebedürftige Bewohner in die vollstationäre Pflege sowie Bewohner zur Kurzzeitpflege aufzunehmen. Die Senioren-Wohnheim Brühl gGmbH wird seit 1973 als gemeinnützige GmbH in Brühl geführt und betreut Seniorinnen und Senioren in allen Formen der Altenhilfe in drei Häusern. Zum Kennenlernen der Häuser stehen hier sogar Gästezimmer zum „**Probewohnen**“ zur Verfügung. Der Ambulante Dienst gewährleistet die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner in der Wohnung. Darüber hinaus stehen auch vollstationäre Bereiche und die Kurzzeitpflege zur Verfügung. Wir können also alle unbesorgt älter werden!

Ebenfalls sehr gut aufgestellt sind wir mit unserem **Marienhospital**. Im November des vergangenen Jahres wurde der erste Spatenstich für einen neuen Erweiterungsbau getätigt. Das Marienhospital investiert hier elf Millionen (reine Baukosten). Bis 2014 soll der Neubau

fertig sein. Er wird Platz bieten für weitere Praxisräume sowie eine Ausweitung der bestehenden Pflegestation, die hierdurch verbesserte Bedingungen nach modernen Standards erfahren wird.

Ich bin sehr froh und stolz, und wir alle können uns glücklich schätzen, dass Brühl über ein solch modernes Krankenhaus verfügt und hierdurch die für die optimale medizinische Versorgung der Bevölkerung notwendigen Strukturen und Leistungsangebote vorhält. Moderne Krankenhäuser sind heute Dienstleistungsbetriebe der ganz besonderen Art, welche immer die modernsten wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse berücksichtigen müssen. **Sicherlich auch ein Grund für die vertragliche Bindung des Fußball-Bundesligisten Bayer 04 Leverkusen an das Marienhospital. Eine auch für FC-Fans beachtliche Entwicklung!**

Meine Damen und Herren,

am 28.11.2012 fand die Gründungsveranstaltung des „Palliativteam **Spezialisierte Ambulante Palliativ Versorgung RheinErf**“, kurz SAPV statt, deren Schirmherrschaft ich gerne übernommen habe. Acht **Palliativärzte** aus Brühl, Walberberg, Erfstadt, Hürth, Wesseling, Urfeld und Sechem bilden das „Palliativ Care Team“ und werden 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag die Versorgung schwerstkranker Menschen sicherstellen. Palliativversorgung zielt auf Schmerztherapie, wenn Heilung nicht mehr möglich ist. Die Patienten erhalten eine umfassende Betreuung und Begleitung, aber keine Lebensverlängerung um jeden Preis.

Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland in jedem Jahr etwa 900.000 Menschen sterben, wovon mindestens zwei Drittel in Krankenhäusern und Pflegeheimen untergebracht sind und nur wenige sich zu Hause im Kreise ihrer Nächsten befinden, wird das Ansinnen der SAPV deutlich. Denn wir alle haben die Begleitung Sterbender, den Umgang mit den Toten an professionelle Spezialisten delegiert, an Mediziner, Pfleger, Pfarrer und Bestatter.

Die Arbeit der Palliativ-Ärzte stellt einen Beitrag zu mehr Humanität und christlicher Nächstenliebe dar. Sie eröffnet den Patienten eine wirkliche Lebens- und Sterbenswürde. Angesichts der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an medizinischer und pflegerischer Betreuung schwerstkranker Menschen weiter zunehmen. Eine Stärkung der Hospizarbeit und die Verbesserung der palliativmedizinischen Versorgung sind geboten. Ich bin daher sehr froh und stolz, ein Palliativteam in unserem Stadt- und Kreisgebiet zu wissen.



### 13. Raumkonzept

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Sitzung des Rates am 3. Mai 2012 wurde der Beschluss zur Errichtung eines Neubaus an Rathaus B aufgehoben. Im Zuge dieser Entscheidung wurde erklärt, dass eine umfassende Sanierung von **Rathaus B** weiterhin als unwirtschaftlich einzustufen ist.

Hinzu kommt, dass die Vorteile, die mit einem Neubau eingetreten wären (Bündelung bürgernaher Dienstleistungen, Synergien, vergrößertes Raumangebot, Barrierefreiheit, langfristige Planungssicherheit) durch eine Sanierung nicht erreicht werden können.

**Insofern müssen die Gegebenheiten zunächst hingenommen und muss versucht werden, durch die Erledigung dringend notwendiger kleinere Reparaturarbeiten die räumlichen Verhältnisse zu verbessern und durch eine sinnvolle Unterbringung publikumsintensiver Dienststellen deren Erreichbarkeit zu optimieren.**

Dass man, lieber Herr Dr. Petran, wenn wir die Genese des Themas „Rathaus/Rathausneubau“ betrachten, zum passionierten Halma-Spieler mutiert, wird hoffentlich bei jedem auf Verständnis stoßen:

Gestartet mit einem Dreiviertel an betriebswirtschaftlich orientierten, modernen, der Zukunft zugewandten Halma-Spielern verflüchtigten sich bestimmte farbschattierte Halma-Spieler im Laufe der Zeit – fast so wie in der Geschichte (mit Verlaub, ich kann nicht dafür, dass der Titel der Geschichte es derart besagt) der „10 kleinen Negerlein“ – und lassen den von den genannten Dreivierteln so sehr ermunterten und an die Spitze gestellten Halma-Spieler mehr und mehr alleine, ohne dass es auch nur zu einem einzigen Halma-Figuren-Sprung kommt – sie werden sozusagen „halma-flüchtig“. Jeder betroffene Halma-Spieler wird aus einer solchen Situation seine Schlüsse ziehen, z. B. abwarten, ob es dieses Mal auch wirklich zu einem Halma-Sprung oder gar mehreren Sprüngen kommt.

Meine Damen und Herren,

sehen wir nach vorne auf unser Raumkonzept:

Bei der Erstellung eines Raumnutzungskonzeptes können viele verschiedene Aspekte eine Rolle spielen. **Das erarbeitete Konzept basiert auf folgenden Vorgaben:**

1. Unterbringung möglichst vieler Dienststellen im künftig komplett barrierefreien Rathaus A
2. Gewinnung zusätzlicher Flächen im barrierefreien Rathaus A durch den Umbau der ehemaligen Kantine und Nutzung der ehemaligen Büros der Gebausie

3. zusammenhängende Unterbringung der Abteilungen, Fachbereiche und Dezernate unter Beachtung der Funktionalität des Dienstbetriebes
4. Ansiedlung der in Rathaus B verbleibenden Dienststellen von Parterre zum Dachgeschoss hin nach Publikumsintensität
5. Flächeneinsparung durch eine intensivere Nutzung der Büros
6. weitestgehende Vermeidung von Umbauarbeiten und Umzügen

Das Raumkonzept berücksichtigt diese Aspekte mit einem sowohl für den internen Dienstablauf, für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter akzeptablen Ergebnis. **Die Entwürfe sind mit dem Personalrat und den Dienststellen besprochen worden; der Entwurf findet allgemeine Zustimmung.**

**Die wichtigsten Aussagen des Raumkonzeptes sind:**

- Die Dienststellen des Dezernates II (Fachbereich „20/Finanzen“ und Fachbereich „32/Ordnung“) werden komplett in Rathaus B untergebracht. Bisher war nur Fachbereich 32 in Rathaus B angesiedelt; das bedeutet, dass Fachbereich 20 mit den Abteilungen Kämmerei und Stadtkasse von Rathaus A nach Rathaus B umzieht.
- Die Dienststellen der übrigen Dezernate I und III werden vollständig in Rathaus A untergebracht; das bedeutet, dass die Abteilungen Schule, Kultur und Jugend von Rathaus B nach Rathaus A umziehen.
- Es wurde eine intensivere Nutzung der verbleibenden Flächen angestrebt. Im Rahmen der überörtliche Prüfung der Gebäudewirtschaft der Jahre 2005 – 2008 wurde festgestellt, dass die jedem Mitarbeiter durchschnittlich zur Verfügung stehende Büroflächen in den beiden Rathäusern mit 17 qm über der Benchmark liegt (Benchmark: 35 qm, Rathaus A: 58 qm, Rathaus B: 42 qm). Es wurde bereits damals eine intensivere Nutzung der Räumlichkeiten empfohlen und nahe gelegt, dass sich Teilzeitkräfte einen Arbeitsplatz teilen sollten.

Die Arbeitsstätten-Verordnung schreibt keine Mindestgröße für Büros mehr vor, die Berufsgenossenschaft spricht von mindestens 8 qm und empfiehlt 10 – 12 qm. Auf dieser Basis erfolgte eine Zuteilung der Büros – natürlich unter Berücksichtigung von Publikumsverkehr, aber auch von Außendiensttätigkeit - d.h. dass Mitarbeiter, die heute über ein Einzelbüro verfügen, sich künftig ggf. zu zweit ein Büro teilen müssen. Trotz der

räumlichen Einschränkung kann allerdings der jetzige Standard überwiegend beibehalten werden.

- Der Anbau an Rathaus B kann im 1., 2. und 3. OG für andere Zwecke frei gemacht werden. Dort fielen dann 850 qm an Fläche weg. Durch den Umbau des Casinos und die Nutzung der ehemaligen Räumlichkeiten der Gebausie kann eine Fläche von rd. 430 qm hinzugewonnen werden, sodass es tatsächlich lediglich um eine räumliche Einschränkung von ca. 400 qm geht.

#### **Rathaus A:**

- es bleiben am jetzigen Standort: Fraktionsbüros, Büros des BGM und der Dezernenten, FB 14-Rechnungsprüfungsamt, 61/1 „Planung“, 61/2 „Bauordnung“ und 61/3 „Abwasser“
- Abteilung 40/1 „Kinder, Jugendpflege, Familie“ zusammenhängend und gut erreichbar im 1. OG bzw. Parterre
- Abteilung 40/2 „Schule/Sport“ und 40/3 „Kultur“ zusammen im Dachgeschoss
- Der Personalrat (PR) zieht eine Etage höher in einen Trakt aus PR, Jugendauszubildendenvertretung/Auszubildende, Integrationsausschuss und Integrationslotsen
- Im bürgerfreundlichen und gut erreichbaren bisherigen „Kulturtrakt“ (Parterre, Eingang rechts) sollen die Stabsstelle 02 „Gleichstellung und Integration“ sowie die Mitarbeiter der Abteilung „Jugend“ untergebracht werden mit dem stärksten Publikumsandrang:
  1. Familien- und Kinderbüro
  2. Jugendgerichtshilfe
  3. Schulsozialarbeiterinnen Grundschulen
  4. Vormundschaften/Beistandschaften

#### **Rathaus B:**

- Der Grundsatz der zusammenhängenden Unterbringung der Mitarbeiter einer Abteilung ist hier nicht durchgängig möglich, da der Publikumsverkehr innerhalb

einer Abteilung stark variiert. Hier erfolgt daher an erster Stelle die Berücksichtigung der Publikumsintensität

- Publikumsintensivste Aufgabenbereiche (Sachbearbeiter Grundsicherung, Rentenberatung, Wohngeld, Fundbüro, Bürgerberatung) und die Behindertenbeauftragte werden Parterre untergebracht.
- Im Flurbereich vor der Bürgerberatung wird eine Wartezone eingerichtet.
- Das 1. OG besetzt die Abteilung Ordnung (z. B. Gewerbe, Knöllchen).
- Stadtkasse und Kämmerei haben wenig bis mittelmäßigen Publikumsverkehr und sind daher im 2. und 3. OG vorgesehen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, ich habe Ihnen nun das von Verwaltung und Personalrat **gemeinsam erarbeitete Konzept** vorgestellt. **Es ist im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgesehen, dass das Raumkonzept in der Sitzung des Hauptausschusses am 18.03.2013 im Detail vorgestellt wird.**

#### **14. Personal**

Meine Damen und Herren, verehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

leider sind die veranschlagten **Personalaufwendungen gestiegen und betragen für das Jahr 2013 rd. 27,86 Mio. Euro**, im vergangenen Jahr waren es noch 26,49 Mio. Euro, eine Steigerung von knapp **1,4 Mio. Euro**. Bevor Sie jedoch schlechtes Finanz- und Personalmanagement wittern, darf ich Ihnen zur Kenntnis geben: **Die Kostensteigerung bei den Personalaufwendungen resultiert aus der Aufstockung des Personals seit dem Jahr 2011 im Bereich der Kindertagesstätten und der Feuerwehr. Durch die Auswirkungen von Kibiz und die Betreuung im U3-Bereich mussten seit 2011 im Bereich der Kindertagesstätten 34 neue Stellen eingerichtet werden.** Die Feuerwehr hat seitdem einen personellen Zuwachs von **11 Stellen** verzeichnet, welcher aufgrund der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 54 Stunden auf 48 Stunden erforderlich wurde. Die Feuerwehr ist derzeit mit 61 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut aufgestellt.

Darüber hinaus sind im Jahr **2014 Tarifsteigerungen** im Beamtenbereich von derzeit geschätzten **2 %** aufzubringen. Diese Steigerung wurde ebenfalls in die Berechnung der Pensionsrückstellung mit aufgenommen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, alle Faktoren, auf die wir leider keinen Einfluss haben. Würde man all diese – von uns nicht zu beeinflussenden – Faktoren bei den Personalaufwendungen heraus rechnen, könnte man die jahrelang praktizierte restriktive Personalpolitik auch im Haushaltsplan wesentlich besser nachvollziehen. **Betrachtet man nämlich die personelle Entwicklung der Stadtverwaltung so zeigt sich, dass in den vergangenen Jahren während meiner Amtszeit ca. 100 Stellen eingespart werden konnten - ohne die Verlagerung des Stadtservicebetriebes zu den Stadtwerken gerechnet. Wäre all dies nicht geschehen, befänden wir uns schon längere Jahre im Haushaltssicherungskonzept.**

Auch an dieser Stelle erwähne ich nochmals gerne die **Verdoppelung der Ausbildungsplatzzahl aufgrund des doppelten Abiturjahrgangs für den diesjährigen Einstellungsjahrgang. Hier gehen wir als Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran und ich hoffe, dass sich die Anstrengungen seitens der Stadt Brühl, aber auch aller Unternehmen, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, lohnen und alle Schulabgänger in ein Studium bzw. eine Berufsausbildung finden.** Schon jetzt kann ich Ihnen sagen, dass wir – nach einer wahren Flut von Bewerbungen - im gehobenen und im mittleren Dienst jeweils vier Auszubildende einstellen und auch 4 Verwaltungsfachangestellte ausbilden werden. Die übrigen Ausbildungsplätze (Kauffrau für Bürokommunikation, IT-System-Elektroniker, Fachkraft für Abwassertechnik und Veranstaltungskauffrau) konnten aufgrund der logistischen Möglichkeiten nur einfach besetzt werden.

Um auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern **im Feuerwehrdienst eine Perspektive** zu bieten und die Abwanderungen der von uns ausgebildeten Feuerwehrkräfte zu anderen Kommunen zu unterbinden, habe ich genehmigt, dass die Kameraden anstelle einer 5-jährigen nur eine **4-jährige Dienstzeit als Brandmeister** durchlaufen müssen. So erhalten sie **ein Jahr früher** die Möglichkeit einer **Beförderung zum Oberbrandmeister nach Besoldungsgruppe A8**. Dies soll als **Anreizverbesserung** verstanden werden, da wir ansonsten weiter Gefahr laufen, dass die jungen Mitarbeiter von anderen Feuerwehren mit deren „Anreizen“ abgeworben werden.

Aktuell gibt es auch einen personellen Wechsel zu berichten, nachdem unsere **Gleichstellungsbeauftragte**, Karin Joswig-von-Bothmer, in den Ruhestand verabschiedet wurde. Die Nachfolge der Gleichstellungsbeauftragten hat am 01.02.2013 Frau **Antje Cibura** angetreten. Sie alle kennen Frau Cibura vielleicht noch als Integrationsbeauftragte. Frau Cibura ist heute erstmalig in der Ratssitzung anwesend und hat später noch die Gelegenheit, sich selber kurz vorzustellen. Die Aufgaben der Integrationsbeauftragten hat Frau Daniela Kilian übernommen. Frau Kilian war lange Jahre als Sachbearbeiterin in der ARGE tätig und

hat zuletzt in der Abteilung Soziales das Sachgebiet „Unterhaltspflichtige Unterhaltsvorschussleistungen“ bearbeitet.

**Es ist beabsichtigt, auch die Stelle der Integrationsbeauftragten ämterübergreifend zu installieren. Die bereits eingerichtete Stabstelle 02 – Frauen und Gleichstellung – wird daher durch das Sachgebiet Integration erweitert. Durch das Zusammenlegen der Tätigkeiten sollen Potenziale gestärkt werden. Sowohl im Rahmen der Gleichstellung der Geschlechter als auch im Rahmen der Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten. Damit wird den zukünftigen Herausforderungen dahingehend Rechnung getragen, dass die Verwaltungswege verkürzt, Entscheidungsprozesse optimiert und gemeinsame Netzwerke genutzt werden können.** Der Vorteil für die Verwaltung liegt neben dem öffentlichen Interesse – **die Stadt Brühl installiert hiermit ein Novum im Rhein-Erft-Kreis** – vor allem in den verkürzten und gebündelten Zuständigkeiten. Damit wird künftiges Verwaltungshandeln durch Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und der Partizipation von Migrantinnen und Migranten den demografischen, gesellschaftlichen Anforderungen angepasst.

## **15. Friedhofskonzept**

Meine Damen und Herren, bevor ich nun zu meinen Schlussbemerkungen komme, gilt es noch kurz das Thema Friedhofskonzept anzusprechen.

Bereits in meiner letzten Haushaltsrede wurde das Friedhofswesen thematisiert. Inzwischen haben die Stadtwerke, die vorgeschlagenen pflegeleichteren bzw. pflegefreien Grabformen auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft und die entsprechend zu erhebende Gebühr durchkalkuliert. Die diesbezüglichen Vorlagen zur novellierten Friedhofssatzung und zur Friedhofsgebührensatzung wurden Ihnen im letzten Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass wir **im Laufe dieser Haushaltsplanberatungen die novellierte Friedhofssatzung mit entsprechenden Gebührentarifen beschließen** werden.

## **Schlussbemerkungen**

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Rates,

meinen Ausführungen konnten Sie entnehmen, **dass wir alle wesentlichen Projekte, die die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens ausmachen, im vorliegenden Doppelhaushalt finanziert haben.**

**Das war und ist aber nur möglich, weil wir an vielen Stellen unter Anlegung eines strengen Maßstabes gespart haben, insbesondere gerade auch beim Personal.**

Und auch für die Zukunft kommen wir nicht umhin, unseren Haushalt weiter zu konsolidieren. Dazu gehört auch die Hilfe von außen. Ich nenne noch einmal das **Stichwort Konnexität**. Wir können nicht all das auffangen, was Bund und Land uns durch nicht gegenfinanzierte Aufgaben aufbürden. In eine leere Tasche lässt sich zwar hineingreifen, aus ihr lässt sich aber nichts herausholen.

Manchmal helfen uns Lösungen auf alleiniger, lokaler Ebene nicht weiter. Wir müssen den Blick über das Rathaus hinaus richten und uns regional Verbündete suchen. Ich denke hier beispielhaft an die auf den verschiedensten Ebenen praktizierte **Zusammenarbeit mit der Stadt Wesseling**. In der Vergangenheit gab es bereits Überlegungen, gemeinsam die **Aufgaben des Ausländerwesens** vom Kreis hin zu unserem kommunalen Verbund zu verlegen. Das macht insbesondere deshalb Sinn, weil bereits heute ein Großteil der vorbereitenden Aufgaben zur Erlangung eines Aufenthaltstitels vor Ort in der Bürgerberatung wahrgenommen wird. Sollten sich letztlich alle kreisangehörigen Kommunen dazu entschließen, in Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit die Aufgaben des Ausländerwesens vom Kreis abzuziehen und vor Ort zusammenzuziehen, ist dies **nur sinnvoll**, wenn der Kreis im Gegenzug für die eingesparten Personalkosten die **Kreisumlage entsprechend senkt**.

Diese und ähnliche Dinge gilt es, vermehrt aufzuspüren und – wenn Einsparungen möglich sind – auch zügig umzusetzen. Fehlendes Geld darf dabei keine Entschuldigung für fehlende Ideen sein. Erinnern wir uns an das **eingangs erwähnte Zitat von Berthold Auerbach**: „*Geld erwerben erfordert Klugheit, Geld bewahren erfordert eine gewisse Weisheit und Geld schön auszugeben ist eine Kunst.*“

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,

die Schwerpunkte zukünftiger Arbeit habe ich dargestellt, das dazu gehörende Zahlenwerk wird Ihnen gleich ausgehändigt. Wir alle konnten in den letzten Jahren eine Menge bewegen und zukunftsweisende Projekte auf den Weg bringen. **Trotz angespannter Haushaltslage haben wir wichtige und kostenträchtige Maßnahmen für die kommenden Jahre finanziert.**

Ich lade Sie alle ganz herzlich ein, zusammen mit mir den Haushalt 2013 / 2014 auf den Weg zu bringen. Ich wünsche uns eine niveauvolle Diskussionskultur und baue darauf, dass wir alle den notwendigen Respekt voreinander zeigen, nicht nur, weil wir vor den Augen der Bürgerinnen und Bürger arbeiten.

**Wie in jedem Jahr äußere ich auch dieses Mal die Bitte, den Haushalt im Konsens zu behandeln.**

Gegenseitiger Respekt, das Anerkennen des Ringens um die richtige Entscheidung und das Akzeptieren politischer Mehrheitsentscheidungen - unter welchen Koalitionen sie auch immer zustande gekommen sein mögen - sind wichtige Grundpfeiler menschlichen Zusammenlebens und Arbeitens und so auch unserer Demokratie. Mit Einhaltung dieser Prämissen werden wir alle gemeinsam für Brühl sehr gute Arbeit leisten. Dessen bin ich sicher.

**Zum Abschluss danke ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**, insbesondere denen, die wochenlang am Zustandekommen dieses Haushaltsentwurfes fleißig und engagiert gearbeitet haben, d.h. nochmals vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei und der Druckerei, ein herzliches Dankeschön.

Ich wünsche Ihnen in den Fraktionen und Ausschüssen intensive und fruchtbringende Diskussionen und gute Ergebnisse zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

**Unseren gemeinsamen Beratungen in Hauptausschuss und Rat wünsche ich viel Erfolg.**

Ein herzliches Glückauf und Gottes Segen!